

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Verzins-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitspaltel oder deren Raum 30 A.

## Heerschau.

Es Herbstet. Silbern liegt der Morgentau auf den kahlen Wiesen und mahnt uns an den Wechsel der Jahreszeiten, der jeden Menschen in seinen Damm zieht. Der reiche Schlemmer sieht dem Winter wohlgenut entgegen; was hat er auch von ihm zu fürchten? Hat er sich im Sommer am kühlen Meeresstrande herumgeräkelt oder im Waldeshatten in sauft schaukelnder Hängematte seines unüben Lebens gefreut, so wird er im Winter im strahlenden Salon die Freunde der Tafel genießen, und was er dabei etwa seinem Leibe zu Schaden tut, bei lustigem Winterport wieder ausgleichen. So bietet der Wechsel der Jahreszeiten dem reichen Nichtstuer nur einen Wechsel in den Genüssen. Morgen wieder Lust! jauchzt er wie die weiland Majestät Jerome von Westfalen, und freut sich der Abwechslung, die immer etwas andres und immer etwas Schönes bringt.

Dem Maurer ist anders zumute, wenn er an dem Sinken der Sonnenbahn wahrnimmt, wie sich die Zeit ankündigt, die ihm sein Glend wieder in seiner ganzen Größe fühlen läßt. Das ist die Zeit, von der derber Maurechunor sagt, daß der Fuchs dann die bekante unappetitliche Handlung mit dem Kalk vornimmt, die Zeit, wo die Außenarbeit unmöglich wird und die Bauarbeiter zusehen müssen, wo sie bleiben.

Noch herscht zwar geschäftiges Leben auf den Bauten. Manches Bauwerk muß noch unter Dach, ehe es in die Mauern hineinschneit, mancher Innenausbau soll noch fertig werden, ehe der Frost gebietet: es wird nicht mehr gepugt! Aber wie lange noch? In wenigen Wochen schon wird die gewöhnliche Länge der täglichen Arbeitszeit gekürzt werden müssen, und dann geht es reißend schnell bergab, dem Winter zu. So wie der einzelne Kollege von diesem Wechsel beeinflusst wird, wird es auch die Organisation. Auch in unserm Verbands nimmt dann das Organisationsleben ein andres Wesen an. Die Beitragszahlung hört auf; das sonst feste Band lockert sich hier und da, oft mehr als erträglich ist; die Zahl der Kollegen verringert sich durch den Abzug derer, die alljährlich aus ihren ländlichen Wohnorten in die Arbeitsorte strömen; in den Versammlungen tritt die Erörterung der Berufsangelegenheiten zurück, um in den günstigeren Fällen einer ruhigen Bildungsarbeit Platz zu machen, dort, wo die Vorbedingungen dazu fehlen, um den Versammlungen und damit dem ganzen Vereinsleben den Stempel der winterlichen Erstarrung aufzudrücken. Dies letztere ist natürlich ein beklagenswerter Zustand, gegen den wir immerfort ankämpfen müssen.

Es geschieht darum nicht von ungefähr, daß unser Verband fast alle Jahre um diese Zeit, wo das Organisationsleben noch auf der Höhe, aber auch schon vor dem großen Umschwung steht, eine großzügige Versammlungsaktion betreibt, in der die Lage der Bauarbeiterschaft noch einmal erschöpfend besprochen wird und wo besonders wichtige Fragen vom Standpunkte unserer Bestrebungen erörtert werden. So hatte die Agitation im vorigen Jahre die Aufgabe, die Kollegen über die herrschende Wirtschaftskrisis aufzuklären, während für die diesjährigen Versammlungen die Besprechung der Arbeitskämpfe im Baugewerbe und die Stellungnahme zu der geplanten Verschmelzung mit dem Verbands der Bauhilfsarbeiter vorgesehen ist.

Schon die einfache Nennung der Themen läßt erkennen, daß die diesjährige Agitation von ganz besonderer Bedeutung ist. In der Verschmelzungsfrage muß die Kollegenchaft jetzt Stellung nehmen. Der Entwurf zu einem Statut des neuen Verbandes ist, wie verständig, früh genug bekanntgegeben worden, um den Beratungen als Grundlage dienen zu können. Ueber die Einzelheiten des Statutenentwurfs braucht man in den Versammlungen nicht zu diskutieren; denn mit der Stellung von Abänderungsanträgen hat man bis zum 1. Dezember Zeit, und die endgültige Formulierung wird das Statut erst auf dem gemeinsamen Verbandstage erhalten, vorausgesetzt, daß die vorausgehenden Einzelverbandstage die Verschmelzung beschlossen haben. Die Aufgabe der Versammlungen soll darum bei der Verschmelzungsfrage sein, die Verschmelzungsfrage im Prinzip zu diskutieren und in einer Abstimmung prinzipiell zu ihr Stellung zu nehmen. Zur Durchberatung des Statuts bleibt uns der ganze Winter noch frei, da können wir ohne Drang und Hast, gründlich und mit ruhiger Ueberlegung ratloslagen, was der neuen Organisation am dienlichsten sei.

Obwohl die geplante Verschmelzung eigentlich der Hauptgegenstand der Versammlungen sein sollte, ist ihre Erörterung doch noch nicht durch irgendwelche spekulative Erwägungen, sondern durch die Ereignisse selbst an die zweite Stelle gedrängt worden. „Die baugewerblichen Arbeiterorganisationen im Kampfe um die Arbeitsbedingungen“, so lautet der Punkt, der an erster Stelle besprochen werden soll. Darüber wird sehr viel zu sagen sein. Ihre besondere Note aber wird die Besprechung erhalten durch die Entschleierung der Wärschen im Lager der Unternehmer, durch die Veröffentlichung des Protokolls der Generalversammlung der schwäbischen Bauunternehmer. Nicht, daß uns dies Protokoll sensationelle Neuigkeiten enthält hätte — in unsern Kreisen täuscht

man sich über die Pläne des Bundes nicht —, aber es hat uns den urkundlichen Beweis, die feste Gewißheit gegeben, daß man auf Unternehmenseite den Kampf im nächsten Jahre will. Und zwar will man wieder die Bestrebungen aufnehmen, die man im vorigen Jahre fallen lassen mußte; man will wieder die Ergründung der Mindestlöhne beseitigen und die Festsetzung der Löhne der Willfür des einzelnen Unternehmers anheimgelassen. Gewiß wäre auch ohne dies Bestreben Konfliktstoff übergenug vorhanden gewesen; aber daß der Arbeitgeberbund auf diesen Streitpunkt zurückgreift, von dem er weiß, daß es darin keine Einigung geben kann, das dokumentiert seinen Willen zum Kampf. Er setzt damit der Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs ein unübersteigbares Hindernis entgegen; er weiß, daß sein Vorgehen diese Bedeutung hat, ja, er tut es nur dieser Bedeutung wegen.

In diesem Zeichen tagen unsre Versammlungen. Sie sollen Klarheit verbreiten über das, was im nächsten Jahre kommen wird; sie sollen aber auch kundtun, daß wir uns vor der Zukunft nicht fürchten, daß wir unter diesen Umständen den Kampf für eine Notwendigkeit halten und bereit sind, alle Kräfte dazuzusetzen, um mit Ehren und Gewinn daraus hervorzugehen.

Rund 900 Versammlungen sind bisher durch den „Grundstein“ bekanntgegeben worden; einige davon haben bereits stattgefunden, die Hauptmasse wird in diesen nächsten zwei Wochen tagen. Wir betrachten sie als eine Art Heerschau, wo die Massen der Kollegen aufmarschieren und durch ihren Aufmarsch den Unternehmern zeigen, wie ihre Herausforderung von der Arbeiterchaft aufgenommen worden ist. Aber werden die Kollegen die Lage erfassen? Werden sie die Versammlungen zu dem machen, was sie sein müssen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen? Auf diese Fragen können nur die Kollegen selbst die Antwort geben. Wir hoffen zuversichtlich, daß die Versammlungen würdige Kundgebungen der Kraft und Entschlossenheit werden, die unsern Kollegen noch nie gefehlt hat, wenn es sich um große Sachen handelte.

Zu dieser Hoffnung sind wir berechtigt, nachdem die Erfolge der Agitation unsre von manchem als zu optimistisch belächelten Erwartungen erfüllt haben. „Zwanzigtausend neue Mitglieder“, so schrieben wir in Nr. 19, „müssen wir in diesem Jahre gewinnen.“ Heute dürfen wir sagen, wir haben sie gewonnen oder sind doch der Zahl sehr nahe gekommen. Darüber einige nähere Angaben. Die Auflage des „Grundstein“ erreichte ihren tiefsten Stand mit Nr. 10 am 6. März, nämlich 181 000, dazu kamen 2100 italienische und 650 tschechische Fachblätter, so daß die Gesamtzahl der in jener Woche den Verbandsmitgliedern zugestellten Zeitungen 183 750 betrug. Mit Nr. 26 am 26. Juni hatte sich diese Zahl auf insgesamt 198 450, also um 14 700 erhöht. Dem entsprach ein Mitgliedererwerb von 14 147, den der Verband im zweiten Vierteljahr verzeichnete. Von Nr. 26 bis 38, also bis Ende September, hat sich die Auflage der Fachblätter auf 205 500, also um rund 7000 erhöht, so daß man annehmen darf, daß sich die Mitgliederzahl während des ersten und zweiten Vierteljahres um rund 20 000 erhöht hat. Nun wird sich allerdings wieder die gewohnte Erscheinung zeigen, daß es langsam abwärts geht. Das ist in den Verhältnissen des Baugewerbes und seiner Arbeiter begründet, und darum läßt es sich nicht völlig beseitigen. Aber darauf müssen wir allerorts sehen, daß der Rückgang der Mitgliederzahl keine Schwächung der Organisation bedeutet. Wer im Winter seinen Arbeits- und Organisationsort verläßt, der darf darum der Organisation nicht verloren gehen, der darf nicht den geistigen Zusammenhang mit unsrer Bewegung verlieren, und der muß beim Wiederbeginn der Bautätigkeit, ohne sich erst nötigen zu lassen, wieder an seine Stelle treten. Für die andern Kollegen aber, die an Ort und Stelle bleiben, ist es in diesem Jahre doppelte Pflicht, treu zur Organisation zu stehen. Diese Wirkung erwarten wir von unsern Versammlungen: Sie sollen aufklären über die Lage zwischen uns und den Unternehmern, sie sollen die Kollegen vorbereiten auf heftige Kämpfe, sie sollen in ihnen die Begeisterung wecken für die Größe der uns zufallenden Aufgabe, und sie sollen den Unternehmern zeigen, daß ihnen die deutsche Maurerschaft voller Kampfesmut und Opferfreudigkeit gegenübersteht.

Was sollen wir weiter sagen, um die Wichtigkeit der Versammlungen darzutun? Sieht sie nicht so klar zutage, daß sie jeder Kollege sehen muß? Gewiß! Es kann für keinen mehr zweifelhaft sein, daß sich große Dinge vorbereiten, daß die deutsche Bauarbeiterschaft vor Ereignissen steht, wie sie sie gleich groß und bedeutungsvoll noch nicht vor sich sah. Wer wollte in solcher Lage nicht dem Rufe der Organisation folgen! Es gibt nichts Selbstverständlicheres, als daß die Versammlungen gefüllt, nein, überfüllt sein müssen. Dann werden sie unsre Kampfstellung stärken, und das ist ihr Zweck.

# Verbandstollegen!

## Die nächste Arbeitslofenzählung ist Sonnabend, 25. September; niemand darf sich dieser Pflicht entziehen!

### Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Von Carl Legien.

#### IV.

Die Girsch-Dunderschen Gewerksvereine haben 1908 einen Mitgliederverlust von 3256 zu verzeichnen; ihre Mitgliederzahl ging von 108 889 (1907) auf 105 633 zurück. Hierbei ist aber zu beachten, daß die Gärtner, welche für 1908 70 Mitglieder angaben, 1907 mit der Mitgliederzahl fehlen; die Eisenbahner mit 120 und die Gemeindegewerkschaften mit 1189 Mitglieder erst im Jahre 1908 dem Girsch-Dunderschen Gewerksverein beigetreten sind. Es ist also sehr kunstvoll gerechnet, wenn die Girsch-Dunderschen mit nur 3 pZt. an Mitgliederverlust im „Gewerksverein“ paradien. Es hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker 768 (- 248), Bergarbeiter 2064 (- 49), Bildhauer 316 (- 58), Brauer 1021 (+ 146), Eisenbahner 120, Fabrik- und Handarbeiter 15 256 (- 690), Gärtner 70, Gemeindegewerkschaften 1189, graphische Berufe und Maler 1708 (+ 122), Handelshilfsarbeiter 164 (+ 141), Holzarbeiter 5465 (- 340), Kaufleute 18 173 (- 1760), Kellner 0, (- 48), Konditoren 187 (+ 52), Maschinenbau- und Metallarbeiter 37 976 (- 2724), Knecht 43 (- 4), Schiffszimmerer 418 (+ 104), Schneider 4473 (- 61), Schuhmacher und Lederarbeiter 5250 (- 4), selbständige Berufe 131 (+ 14), Steinarbeiter 137 (+ 25), Textilarbeiter 6381 (+ 274), Töpfer und Ziegler 1725 (+ 53), Zigarren- und Tabakarbeiter 1900 (+ 320), Frauen und Mädchen 698 (0).

An Einnahmen verzeichnen die Gewerksvereine 2 694 893. Hier machen sie sich einer absichtlichen Irreführung schuldig. Sie rechnen als Einnahme der Gewerksvereine auch das, was die mit ihnen in Verbindung stehenden Freien Hilfskassen vereinnahmt haben. Mag auch eine rege Verbindung zwischen den Gewerksvereinen und diesen Kassen bestehen, so kann man deren Einnahmen doch nicht zu den Gewerksvereineinnahmen rechnen. Zweifellos sind in diesen Kassen viele Mitglieder, die nicht Gewerksvereinsmitglieder sind. Wollte man so rechnen, wie es in diesem Jahre zum ersten Male von den Gewerksvereinen geschehen ist, dann müßten wir in unrer Statistik auch die Einnahmen der freien Hilfskassen anführen, denen fast ausschließlich Mitglieder unrer Zentralverbände angehören. Dies gilt auch bezüglich der Gesamtausgabe der Gewerksvereine im Betrage von 2 350 727. An Vermögensbestand verbleiben 2 410 413. Davon in den Gewerksvereinshauptkassen 1 620 273, in den Krankenkassen 1 206 513 und in den Begräbniskassen 1 214 200.

Die christlichen Gewerkschaften haben trotz des Anschlusses der Steinarbeiter Mayens, der ihnen einen Mitgliederzuwachs von 1167 brachte, einen Rückgang von 9804 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 1908 gegen 1907 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand betrug im

Jahresdurchschnitt 1907 274 323, 1908 264 519. Werden bei den Vergleichen die Mitgliederzahlen am Schlusse der Jahre herangezogen, so ist der Verlust erheblich höher; er beträgt dann bei den christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908 gegen das Jahr 1907 23 882 Mitglieder. Die Gesamtmitgliedschaft der christlichen Gewerkschaften (Gesamtverband) betrug am 31. Dezember 1908 260 767. In dieser Zahl befinden sich 4125 Mitglieder des Verbandes der Eisenbahnhandwerker und -arbeiter, welche im Jahresdurchschnitt vom „Zentralblatt“ nicht mit einbezogen worden sind. Im Jahresdurchschnitt hatten 1908 Mitglieder die Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 35 302 (- 4833), bayerische Eisenbahner 26 186 (+ 2074), Bergarbeiter 75 250 (+ 550), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2873 (+ 61), Gärtner 793 (+ 66), Graphisches Gewerbe 1397 (- 12), Heimarbeiterrinnen 5815 (+ 849), Holzarbeiter 11 043 (- 196), Keramarbeiter 4833 (- 3469), Krankenpfleger 1344 (+ 230), Lederarbeiter 3903 (- 300), Maler 3361 (+ 9), Metallarbeiter 26 427 (- 1683), Nahrungsmittelindustriearbeiter (Bäcker) 869 (+ 219), Schneider 3785 (+ 27), Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter (Hilfs- und Transportarbeiter) 14 272 (- 364), Steinarbeiter (Mauern) 1167, Tabakarbeiter 5551 (- 998), Telegraphenarbeiter 2737 (+ 876), Textilarbeiter 37 561 (- 3203). Die bayerischen Salinenarbeiter, welche 1907 893 Mitglieder aufwiesen, haben sich, wie das „Zentralblatt“ berichtet, mit den Bergarbeitern und Metallarbeitern verschmolzen. Zusammen beträgt also der Verlust bei den Salinen-, Berg- und Metallarbeitern 2006 Mitglieder.

Die Einnahmen der christlichen Gewerkschaften belaufen sich auf 2 439 745, die Ausgaben auf 2 556 224 und der Vermögensbestand war 2 451 409. In der Statistik der christlichen Gewerkschaften werden noch immer 6 Verbände geführt, die dem Gesamtverband nicht angeschlossen sind und von diesem nichts wissen wollen; denn sie haben ihm nicht einmal einen Jahresbericht übersandt, so daß in der Statistik die Zahlen für 1907 angegeben werden müssen. Diese Vereinigungen, die wir als unabhängige christliche Gewerkschaften bezeichnen, hatten 1907 insgesamt 80 437 Mitglieder.

Ueber den Stand der Lokalorganisationen läßt sich für 1908 noch weniger berichten als in den Vorjahren. Wie in dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ mitgeteilt wird, hat die Geschäfts-Kommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften infolge eines Kongreßbeschlusses dem Statistischen Amt jede Angabe über die angeschlossenen Organisationen verweigert. Es ist dies ganz erklärlich. Nachdem die Parteitage der sozialdemokratischen Partei jede Gemeinschaft mit diesen nach eigener Prinzipienklärung zum Anarchosozialismus sich bekennenden Organisationen abgelehnt haben, ist der Uebertritt der bisher der Freien Vereinigungen angehörenden Verbindungen sowie der ein-

zelnen Mitglieder zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden in so umfangreicher Weise erfolgt, daß heute nur noch kümmerliche Reste vorhanden sind, die als eine besondere Organisationsgruppe nicht mehr angesehen werden können. Soweit über den Mitgliederbestand der Lokalvereine von den Verbandsvorständen Mitteilung gemacht ist, sind die angegebenen Zahlen in die Gruppe der unabhängigen Vereine eingestuft worden. Um einen Vergleich mit dem Vorjahr bezüglich der Mitgliederzahl zu ermöglichen, ist auch für dieses in gleicher Weise verfahren.

Die unabhängigen und totalen Vereine hatten nach dieser Zusammenstellung 1907 insgesamt 117 325, im Jahre 1908 aber nur 100 081 Mitglieder. Der Rückgang von 17 244 Mitgliedern entfällt fast ausschließlich auf die lokalen Vereine. In lokalen und unabhängigen Vereinen waren 1908 in folgenden Berufen Mitglieder vorhanden (in Parantese ist die Mitgliederzahl für 1907 beigefügt): Bauhilfsarbeiter 550 (550), Bergarbeiter 25 000 (25 000), Brauerarbeiter 2000 (2000), Buchbinder 50 (420), Bureauangestellte 6500 (8000), Dachbeder 120 (250), Eisenbahner (süddeutsche) 13 022 (12 354), Gastwirtsgehilfen 20 000 (20 000), Gemeindegewerkschaften 1801 (2918), Glaser 50 (20), Graveure der Stoffindustrie 600 (600), Sagenarbeiter 15 (350), Isolierer 60 (-), Kirschnier 75 (550), Maler 100 (150), Maschinisten 6750 (9500), Metallarbeiter 5000 (6800), Mühlenarbeiter 25 (-), Porzellanarbeiter 350 (350), Schneider 100 (-), Sattler 50 (30), Textilarbeiter 700 (500), Töpfer 380 (500), Transportarbeiter 1600 (1600), Zeichner 1446 (800), Zigarrensortierer 120 (120), Zimmerer 700 (1000), Zirkulmuffler 12 917 (12 300). Außerdem waren für 1907 noch Mitglieder für folgende Berufe angegeben, die für 1908 keine Angaben gemacht sind: Apphanture 28, Friseur 40, Handelshilfsarbeiter 5500, Hotelbediener 350, Maurer 3310, Photographen 75, Sattler 50, Schiffszimmerer 550, Steinarbeiter 1000 (dieser Verband hat sich den christlichen Gewerkschaften angeschlossen), Steinfeger 20 und Stukkature 40. Der Verband der Zeichner hat sich neuerdings dem Bund der technisch-industriellen Beamten angeschlossen.

Das Statistische Jahrbuch zählte für 1908 insgesamt 21 unabhängige Vereine mit 135 127 Mitgliedern und berichtet, daß in dieser Aufstellung die Angaben für 13 Vereine fehlen. Unter dieser Gruppe zählte das Statistische Amt den Verband der Eisenbahnhandwerker in Trier mit 41 054, den Verband der bairischen Eisenbahner mit 11 623, und den Verband der württembergischen Eisenbahner mit 8380 Mitgliedern, während die christlichen Gewerkschaften diese Verbände immer noch als zu ihnen gehörig zählten.

Auch über die Vereinigungen der Privatbeamten wird in dem Statistischen Jahrbuch berichtet. Es werden dort gezählt: 17 kaufmännische Verbände mit 498 218 Mitgliedern. Darunter befinden sich der Verein deutscher Kaufleute mit 18 173 Mitgliedern, der dem Verband der

### Altern des Betons.

(Nachdruck verboten.)

Professor C. Bach in Stuttgart stellte vor einigen Jahren Versuche an, um die Frage zu entscheiden, ob die Aushärtung des Betons mit größerem oder geringerem Wasserzulaß praktischer ist. Es bestand damals eine Meinungsvielfachheit unter den Betonfachmännern, indem eine Partie für plattischen, d. h. fast wasserhaltigen, die andere für erdfeuchten, d. h. schwach wasserhaltigen Beton plädierte. Es wurden an zwei verschiedenen Stellen, also von verschiedenen Arbeitern viele Probekörper angefertigt und Professor Bach zugewandt. Vom Umfang der Versuche kann man sich ein ungefähres Bild machen, wenn man bedenkt, daß alle Versuchskörper rund 90 000 kg wogen und die Versuche sich auf einen Zeitraum von vier Jahren erstreckten. Die Festigkeitsproben wurden im Alter von 28 Tagen, 100 Tagen, einem Jahre, zwei Jahren und zweieinhalb Jahren wiederholt, um den Einfluß des Alters bei verschiedenem Wasserzulaß festzustellen.

Die Versuche ergaben, jedoch mit Einblick auf den Wasserzulaß ein unbestimmtes Resultat, welches für die Praxis wohl einen Fingerzeig gibt; auf die Wahl des Wasserzulaßes jedoch nicht von so entscheidendem Einfluß sein konnte, daß man zur Festlegung bestimmter Normalien hätte scheitern können. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die geringste Wassermenge, die gerade noch groß genug ist, um einen Stampfbeton zu liefern, auch die größte Festigkeit zu erreichen gestattet. Es besteht jedoch die Gefahr, daß beim Anstreben dieses minimalen Wasserzulaßes der Beton nicht in feiner ganzer Masse gleichmäßig durchhärtet wird. Diese Gefahr wird nur durch Behandlung des Betons von äußerst geschickten Auf-

bereitungsarbeitern beseitigt, und wenn diese Voraussetzungen nicht gemacht werden kann, empfiehlt sich die Wahl eines stärkeren Wasserzulaßes, obgleich der Ueberzulaß an Wasser eine ungünstige Beeinflussung der Festigkeitseigenschaften bedingt. Uebrigens kann der theoretisch ermittelte minimale Wasserzulaß in der Praxis aus deshalb nicht stets angestrebt werden, da die Bestandteile des Betons, die Verschalungsbölder und die Atmosphäre eine variable Feuchtigkeit aufweisen, auf welche immer Rücksicht genommen werden mußte.

Professor Bach vergleicht die hierbei auftretenden Verhältnisse mit denjenigen der industriellen Feuerungen. Zur Verbrennung einer bestimmten Brennstoffmenge von gegebener Qualität ist ein bestimmtes Minimalquantum an atmosphärischer Luft erforderlich. Wird mehr Luft zugeführt, so entsteht ein Wärmeverlust dadurch, daß der Luftüberschuß unnötiger Weise auf die Temperatur des Verbrennungsraumes erhöht wird. Noch größer wäre aber der Verlust, wenn man zu wenig Luft zuführte, denn durch die hierbei erfolgende unvollkommene Verbrennung des Kohlenstoffes tritt ein bedeutend größerer, direkter Ausfall an erzeugter Wärme ein. Man zieht daher vor, um die minimale Luftmenge sicher nicht zu unterzuleisten, mit einem gewissen Luftüberschuß (etwa 30 pZt.) zu arbeiten.

Die Vorsichtsmregel, den Beton mit einem Wasserüberschuß aufzubereiten, ist natürlich viel wichtiger, als die Wahl des Luftüberschusses bei Feuerungen, denn es handelt sich dabei nicht nur um die Vermeidung eines vorübergehenden Verlustes, sondern um die Sicherung des Gelingens der Arbeit überhaupt.

Die genannten vergleichenden Versuche, die natürlich große Geldopfer erforderten, sind in den letzten Jahren vortgeteilt worden, so daß auch an sechs Jahren alten

Probekörpern noch Festigkeitsproben gemacht werden konnten. Es zeigte sich hierbei, daß nicht nur in der ersten Zeit nach dem Gießen des Betons die Festigkeit besterhalten bleibt, sondern daß selbst im sechsten Jahre noch eine deutliche Zunahme der Festigkeit gegen Druck stattfindet.

Die Hauptzahlen der Versuche sind nach der Zeitschrift des Vereines Deutscher Ingenieure in folgender Tabelle zusammengestellt:

Betonmischung	Im Alter von				
	28 Tagen	100 Tagen	1 Jahr	2 Jahren	6 Jahren
a	284	350	416	467	537
b	318	357	458	478	572
c	268	348	418	478	561

Die Mischungen waren alle mit einer Mischmaßzahl aufbereitet, und zwar mit folgender Zusammenfassung: Mischung a: 1 Raumteil Zement, 2,5 Sand, 1,75 Feinkies, 3,5 Grobkies, 5,7 pZt. Wasser. Mischung b: 1 Raumteil Zement, 2,5 Sand, 2,25 Feinkies, 3,0 Grobkies, 3,5 pZt. Wasser. Mischung c: genau wie Mischung b, jedoch mit einer etwas geringeren Zementforte.

### Die Herstellung von Zaunpfeilern aus Beton.

(Nachdruck verboten.)

Da das Bauholz im Preise stets zunimmt, liegt der Gedanke nahe, manche Gegenstände, die man früher fast ausschließlich aus Holz angefertigt hat, durch solche aus einem andern, leichter zu beschaffenden und billigeren

Girch-Dumderfchen Gewerksvereine angeschlossen ist, und der Zentralverband der Handlungsbefugten mit 8804 Mitgliedern sowie der Verband der Lagerhalter mit 2140 Mitgliedern, die der Generalkommission angeschlossen sind. Dann werden gemäß 16 Technikerverbände mit 111 079 Mitgliedern und 6 Verbände der Bureaubeamten mit 13 437 Mitgliedern. Hierunter befindet sich der Verband der Bureauangestellten mit 4782 Mitgliedern, der der Generalkommission angeschlossen ist.

Für 5 Verbände landwirtschaftlicher Beamten werden 19 054 und für 10 Verbände verschiedener Art 70 780 Mitglieder, insgesamt 54 Verbände der Privatangestellten mit 712 568 Mitgliedern, oder nach Abzug der den Girch-Dumderfchen Gewerksvereine oder der Generalkommission angeschlossen Organisations 49 Verbände mit 678 669 Mitgliedern gemäß.

Das Statistische Jahrbuch bringt auch eine Uebersicht über die "Selben Arbeiterverbände und Werkvereine". Obgleich diesen Organisationen jede Spur gewerkschaftlichen Charakters fehlt, weil sie geschaffen worden sind, den gewerkschaftlichen Kampf zu behindern, wollen wir doch die Zahlen hier mitteilen, um zu zeigen, inwieweit es dem Unternehmertum gelungen ist, Arbeiter für diese Streikbrechervereine zu gewinnen. Das Statistische Jahrbuch weist aus: 3 kirchliche gemischte Vereine mit 1015 Mitgliedern, 7 Berufsvereine mit 13 613 und 69 Werkvereine mit 50 710 Mitgliedern, zusammen 79 Vereine mit 65 338 Mitgliedern. Diese Vereine sollen 1908 eine Jahresertragsnahme von M. 347 784, eine Ausgabe von M. 268 871 und am Jahresabschluss ein Vermögen von M. 380 574 gehabt haben. Viele Unternehmer werden geistigt haben und die Gewerkschaften fürchteten, daß unter dem Druck der überaus ungünstigen Wirtschaftslage im Jahre 1908 viele Arbeiter sich entschließen würden, den gelben Vereinen beizutreten, um nicht arbeitslos zu werden. Diese Zahlen aber zeigen, daß die gelben Vereine, trotz der größten materiellen Aufwendungen der Unternehmer, ebensowenig wie die christlichen Gewerkschaften es vermögen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu untergraben. Beide Organisationen werden ihren Gründern wenig Freude machen; denn beide haben sich nicht so entwickelt, wie man es erhoffte, und haben den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften keinen Nachdruck getan. Dazu kommt, daß die christlichen Gewerkschaften die Kampfmethode unserer gewerkschaftlichen Zentralverbände annehmen genötigt wurden und daß sie sich, wie an anderer Stelle näher nachgewiesen wird, so entwickelt haben, daß sie heute unsere Zentralverbände ermahnen, weniger Wert auf die Unterstützungseinrichtungen zu legen und den Gewerkschaften mehr den Charakter einer Kampfsorganisation zu geben.

### Mitgegangen

Nichts ist erklärlicher, als die bezweifelten Anstrengungen, mit der die christlichen Arbeiterorganisationen die Verantwortung für den Steueranhang von sich abwälzen wollen. Es ist eine unangenehme Sache, einem solchen Entlastungssturm, wie er jetzt durch das Volk geht, standzuhalten und sich trotzig zu dem zu bekennen, was man getan hat. Das können wohl die Schwerezügiger Döhlens, aber nicht die Mämlen, die als "christliche Arbeitervertreter" mit Zentrumshilfe in die turulischen Sessel des Deutschen Reichstages kletterten. Doch

tun wir der christlichen Arbeiterbewegung nicht Unrecht; ist sie denn überhaupt für die Auspflanzung mit verantwortlich? Versuchen wir die Frage ganz vorurteillos zu beantworten.

Die christlichen Gewerkschaften wollen nach ihren eigenen Erklärungen Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder sein. Das ist der Ausgangspunkt, daran muß man festhalten. Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterkraft liegen nun aber auf der verschiedensten Gebieten. Am unmittelbarsten sind die christlichen Arbeiter wie ihre unchristlichen Arbeitsbrüder als Produzenten wirtschaftlich interessiert; hier vertreten sie ihre eigenen Interessen in den christlichen Gewerkschaften, so gut oder so schlecht es ihnen in diesen eigenartigen Organisationen möglich ist. Mit der Vertretung der bloßen Lohninteressen ist dem Arbeiter jedoch noch nicht gebiet, für seine wirtschaftliche Lage ist nicht allein maßgebend, wie er seine Arbeitskraft verwertet, sondern auch, wie er seinen Lohn verwerten kann; der Arbeiter ist also auch als Käufer interessiert. Er muß Lebensmittel, Kleidung, Wohnung und alles, was zum Leben gehört, kaufen, und selbstverständlich ist es von großer Bedeutung für seine Hauswirtschaft, wie, zu welchem Preise er es kauft. Das ist doch wirklich so klar, daß wir uns eigentlich gar keinen Menschen denken können, der so vernagelt wäre, das nicht einzusehen. Selbstverständlich sehen auch die christlichen Arbeiter das ein; denn sonst hätte es ja keinen Sinn, daß sie sich im Schweiße ihres Angesichts mühen, durch Konsumunterorganisationen, wie es die sogenannten "christlichen" Konsumvereine sind, die Warenpreise im Interesse der Käufer zu beeinflussen. In diesem Streben der christlichen Arbeiter liegt der Beweis, daß auch sie ihre wirtschaftlichen Interessen nicht; engberzig als bloße Lohninteressen aufzufassen, sondern der ganz richtigen Meinung sind, daß die einfache Vertretung der Lohninteressen allein nicht genügen kann, sondern daß ihr ein planmäßiges Wirken auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens die Hand reichen muß.

Wer das zugibt, der kann aber den Seiten der christlichen Arbeiterbewegung nicht zustimmen, die da sagen, daß die Finanzreform, also die Steuerreform, die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter nichts angeht. Und wenn z. B. die "Baugewerkschaft" diesen Verdrummungsbuch "unterstützt und sogar mitmacht, so müssen wir ihr sagen, daß sie selbst das nicht glaubt, was sie ihren Lesern da vorredet. Die "Baugewerkschaft" hat sich in mehreren Artikeln selbst mit Steuerfragen befaßt, hat in klarer Weise gegen Steuererhöhungen geschrieben und auf die Parteien gedrungen, die dabei eine Stellung einnahmen, wie sie der "Baugewerkschaft" nicht gefiel. Und wenn man so etwas tut, dann ist es eine elende Heuchelei, ein Versuch, die eignen Mitglieder zu betrügen, später zu sagen, die Steuerfragen hätten kein direktes Interesse für die christlichen Gewerkschaften.

Die Sache steht so: Entweder sind die christlichen Gewerkschaften wirkliche Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder, und dann haben alle christlichen Arbeitervertreter im Reichstage gegen die Interessen ihrer Auftraggeber und gegen die Bestrebungen ihrer eignen Organisation gestellt; oder die christlichen Gewerkschaften haben andre Zwecke als sie vorgeben.

Natürlich wollen die christlichen Gewerkschaften vollständige Interessenvertretungen ihrer Mitglieder sein. Jeder christliche Agitationsartikel, jede christliche Agitationsrede ist jetzt gerade in dieser Beziehung. Ja, die christlichen Gewerkschaften sind sogar soweit in ihren Konzeptionen an die Vermut gegangen, daß sie auch politische, bzw. wirtschaftspolitische Interessen für sich anerkennen. Sie haben sich bemüht, für

ihre Vertreter Mandate zu den gesetzgebenden Körperschaften zu bekommen und haben ihre Führer in den Reichstag und in die Einzelanträge gewählt. Was haben sich die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften denn anders dabei gedacht, als daß ihre Führer dort ihre Interessen wahrnehmen sollten? Es war die selbstverständliche Voraussetzung, daß die parlamentarischen Vertreter der christlichen Arbeiter dort besonders das Wohl ihrer Klassegenossen fördern und vertreten sollten. Diese Voraussetzung haben die Führer aber nicht erfüllt, wie ihre Haltung bei den Abstimmungen über die neuen Steuererhöhungen beweist. Hier haben sie sich eines Verhaltens schuldig gemacht, daß dem Interesse ihrer Auftraggeber direkt ins Gesicht schlägt.

Es ist ein dummes Beginnen, wenn man sich damit herausreden will, die betreffenden Arbeiterführer hätten im Reichstage nicht als Vertreter der christlichen Gewerkschaften, sondern als Vertreter der politischen Partei, der sie angehören. Die Abgeordneten Giesberts, Schiffer, Wieberg, Becker usw. verdanken ihr Mandat nicht ihrer Stellung im Betriebe der Zentrumspartei, denn da waren sie vordem herzlich unbedeutende Menschen, sondern ihrer Führerrolle in den christlichen Arbeiterorganisationen. Der Umstand, daß sie Leiter der christlichen Gewerkschaften waren, hat ihnen zu ihren Mandaten verholfen! Daraus erwuchs ihnen die Verpflichtung, die Interessen der in den christlichen Gewerkschaften organisierten Arbeiter zu vertreten.

Sie haben das nicht getan, sie haben zusammen mit den Junkern, Großkapitalisten und Scharfmachern in der konservativen und freikonserватiven Partei Steuern auf Lebensmittel und Gebrauchsgüter der großen Masse bewilligt und die Besteuerung des Besitzes durch die Erbschaftsteuer abgelehnt. Soll man wirklich erst noch langweilig beweisen, daß sie damit gegen die Interessen des arbeitenden Volkes gehandelt haben? Das ist nicht nötig, denken wir. Die Wirkungen der neuen Steuern werden jeden Zweifel daran zerstreuen. Was ist das für ein unwürdiges Versteckspiel, so sagen, was die Giesberts und Genossen als Politiker tun, ginge die von ihnen geleiteten Gewerkschaften nichts an; sie hätten als Politiker gehandelt und nicht als Gewerkschaftler! Solch ein Kinderkram soll von erfahrenen Leuten ernst genommen werden! Wenn es Ernst um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ist, der kann sich nicht hermaßen teilen, daß er vormittags im Gewerkschaftsbureau den Arbeiterinteressen dient und einige Stunden später im Reichstage im trauten Verein mit den Junkern und Scharfmachern arbeitervindliche Politik treibt. Das wäre ja—die berüchtigte Zweiseelentheorie in Reinkultur! So aber haben die Vertreter der christlichen Arbeiter im Reichstage bei den Steuererhöhungen gehandelt!

So dumm dies Gerücht von der reinpolitischen Natur der Angelegenheit ist, mit dem die christliche Gewerkschaftspresse ihre Abgeordneten herauszuheulen will, so bietet es doch den Schlüssel zum Verständnis dessen, worauf es ankommt. Hinter diesen Verlegenheitsausreden verbirgt sich die Tatsache, daß die christlichen Arbeiterführer unter der Fuchtel einer politischen Partei stehen und daß sie durch diese Partei gezwungen worden sind, gegen ihre wirkliche Ueberzeugung zu stimmen und zu handeln.

Das ist die Wahrheit, die durch allen Lügendunst immer wieder hervorbricht. Alle Verwünschungen und Verdrummungskünste können diese Tatsache nicht aus der Welt schaffen; denn sie liegt klar vor den Augen aller denkenden Menschen. Es wäre ja auch eine wirklich ungerechte Beledigung der christlichen Arbeiterführer, wenn man behaupten wollte, es hätte ihnen eignen Willen entsprochen, dem arbeitenden Volke, dessen Brot sie essen, das eigne armenliche Leben noch mehr zu verteuern. Nein, die Abgeordneten Giesberts, Schiffer, Wieberg, Becker, Wehrens und Schürmer haben sehr wohl eingesehen, welchen Schaden sie damit ihren eignen Auftraggebern, auflagen, als sie zum Gelingen des Steueranhangs beitragen; und wenn sie Herz über ihre Stimmen und über ihre politische Stellung gewesen wären, so hätten sie lieber viel lieber, mit der Sozialdemokratie zusammen gegen die neuen Steuern gestimmt, als mit den Junkern und Scharfmachern dafür; aber sie konnten nicht, sie durften nicht, weil die Partei, von der sie ihr Mandat bekommen haben, von ihnen Gehorsam verlangte. Und da diese Partei die Parole ausgab: Dem Volke die Gatten, dem Weste Schöning! so mußten die christlichen Arbeitervertreter die gegen die Interessen der Arbeiter gerichtete Politik mitmachen.

So wäre ihnen also aus ihrer Haltung gar kein Vorwurf zu machen? Doch, und zwar ein sehr scharfer Vorwurf. Nämlich der, daß sie sich als Arbeiterführer und damit die von ihnen geleiteten Organisationen in ein Abhängigkeitsverhältnis zu einer Partei gegeben haben, die jederzeit bereit war und auch künftig bereit sein wird, die Arbeiterinteressen zu verraten, sobald sie ihre wirklichen Ziele, die auf einem ganz andern Gebiete liegen, damit zu erreichen hofft. Damit haben sie sich die Möglichkeit genommen, die Arbeiterinteressen klar und fest wahrzunehmen; denn sie sind in all ihrem Tun und Lassen abhängig von der Partei, und diese Partei ist für die meisten der christlichen Arbeitervertreter das Zentrum. Diese Verkopplung der christlichen Gewerkschaften mit dem Zentrum lähmt all ihre Energie auf politischem Gebiete. Oft haben die einzelnen christlichen Gewerkschaftsorgane gute Anläufe gemacht, um die Arbeiterforderungen in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen; aber sobald dann das Zentrum durch einen Wind

Material herzustellen. So kam man auch zur Fabrication von Betonssäulen, und es wurde durch gelungene Ausführungen gezeigt, daß solche Säulen für Säune bei richtiger Herstellung viel besser sind als hölzerne. Schon mit Rücksicht auf die Haltbarkeit ist die Betonsäule einer Holzsäule entschieden überlegen; anstatt an Qualität im Laufe der Jahre abzunehmen, hat man festgestellt, daß nach zehn Jahren von der Aufstellung an gerechnet, Betonssäulen noch besser gehalten haben, als unmittelbar nach der Anfertigung. Diese Erscheinung hängt mit dem für Betonkonstruktionen günstigen Altern zusammen. Das Abbrechen solcher Säulen gehört ebenfalls zu den größten Seltenheiten.

Für die Herstellung kann eine trockene wie auch eine feuchte Betonmischung Verwendung finden; mit beiden erzielt man gute Resultate, allem gefälliger und solidere Säulen scheinen doch mit trockenem Beton leichter herstellbar zu sein, obgleich das Verfahren erheblich längere Zeit in Anspruch nimmt. Das Verhältnis von Zement und Sand in dem zu verwendenden Beton hängt von der Qualität des verfügbaren Sandes ab: 1:3 oder 1:4, sogar 1:5 wurde bereits mit gutem Erfolg genommen. Man nehme nur keine allzu zementreiche Mischung, denn die Erfahrung zeigt, daß eine Mischung im Verhältnis 1:1 zu absolut keinem Erfolg führt; der Grund dieser Erscheinung ist jedenfalls noch nicht aufgeklärt.

Allerdings ist die Herstellung eine guten Säule ohne irgendwelche Armerung des Betons nicht denkbar. Als Armerungsmaterial verbrachte man auch Holz, jedoch ohne Resultat. Gut bewährt haben sich dagegen galvanisierte Stahlfäden (Stahlfäden gibt keine guten Säulen), noch besser sind wellenförmig gebogene Eisenstangen. Besondere Schwierigkeiten bereitet die Verbindung des eigentlichen Bauges mit den Säulen. Dieser durch die

Säulen wurden und jeder Beziehung als erstes Mittel vorgezogen, sie sind jedoch aus zwei wichtigen Gründen zu vermeiden: einmal schwächt das Holz die Säulen, und zweitens nimmt es viel Zeit in Anspruch, bis man das Holz im Beton sauber ausführt. Gutes aus Draht und eingelegte schmiedeeiserne Augen zum Anschluß des Bauges sind schon erheblich besser, das vollkommenste Mittel bleibt jedoch stets eine feste Verbindung zwischen Säule und Baug.

Günstige Formen sind für die Herstellung der Säulen die praktikabelsten, sie sind leicht, schnell und billig herstellbar und auch recht dauerhaft, wenn sie unter Dach aufbewahrt werden. Man verwendet auch häufig doppelte Formen, mit denen man zwei Säulen auf einmal anfertigen kann. Diese Doppelformen beschleunigen die Herstellung, ein wichtiger Punkt, wenn man bedenkt, daß die Formen erst nach dem Abbinden des Betons entfernt werden können, was 24 bis 48 Stunden lang dauert, je nach dem Feuchtigkeitsgehalt des Betons.

Die Frage, ob Frostwiderstand der Betonsäulen schadet, wurde nach einem Bericht des Verbandes der Zementkonsumenten in den Vereinigten Staaten Amerikas auf eine interessante Weise entschieden. Nach verschiedenen Feuchtigkeitsbestimmungen an Betonsäulen wurden die Verhältnisse jeder Art von Witterung ausgeführt. Hernach versenkte man sie in Erdbreich, wo das Wasser bei feuchtem Wetter stehen blieb, und setzte sie darauf einem Frost bis zu einer Tiefe von 60 cm aus. Nach Wegschneiden des Eises vom Beton fand man, daß die Säulen gar keine Beschädigung erlitten. Ebenso verfuhrte man die Wirkung großer Hitze auf die Säulen und kam zum Ergebnis, daß dieselben auch hierbei keinen Schaden genommen haben.

Oe.

zu verstehen gab, daß es damit nicht einverstanden sei, würden sie wieder still und fügten und duckten sich.

So war es auch bei der Finanzreform. Da schrieb man von einem neuen Maßstab auf die Taschen des Volkes, weiterle gegen die Junker und tat, als wenn man ernstlich willens wäre, den Arbeiterstandpunkt nachdrücklich zu wahren. Warum tat man das? Aus sehr leicht zu findenden Gründen: weil damals auch das Zentrum noch zu den Gegnern der Finanzreform zu zählen war. Aber als dann die politische Situation verworren ward, als das Zentrum sah, daß seine Zeit bald wieder gekommen sei, da plötzlich ward es ruhig im christlichen Blätterwald. Warum? Auch wieder aus leicht zu findenden Gründen: weil die christlichen Gewerkschaften die Ziele des Zentrums nicht fördern durften! So weit geht die Parteilichkeit der christlichen Gewerkschaften, daß sie sofort einschwenken und schweigen und auf die Selbstenmachung des Arbeiterstandpunktes verzichten müssen, sobald das Zentrum Ruhe kommandiert.

Hierin liegt die Schuld der christlichen Arbeiterbewegung und ihrer Vorführer an der Steuererhebung, daß sie das wirtschaftliche Interesse des arbeitenden Volkes preisgaben, um den politischen Zielen des Zentrums zu dienen. Es mag dahingestellt bleiben, ob ein Protest der christlichen Arbeiterabgeordneten, ihre Weigerung, die politische Auktorität mitzumachen, das Zentrum von seinen Absichten hätte zurücktreten lassen. Das kann nur der sicher beurteilen, der die internen Verhältnisse des Zentrums kennt. Aber nichtsdestoweniger wäre es die Pflicht der Arbeitervertreter gewesen, ihre Mitwirkung dazu zu versagen. Wäre es ihnen nicht gelungen — wie wir annehmen, denn das Zentrum braucht auf die Arbeiter keine allzu große Rücksicht zu nehmen, weil seine Macht wie die der Konventionen größtenteils auf den Grundbesitzer ruht —, so hätten sie dadurch ihren Mitgliefern den Beweis geliefert, daß sie im Rahmen der Zentrumspartei keine konsequente Arbeiterpolitik treiben können und hätten sich dem unwürdigen Abhängigkeitsverhältnis entziehen können. Aber das wagten sie nicht; sie opfereten den Interessen einer Partei der Besiegenden ihre bessere Ueberzeugung und das Wohl des arbeitenden Volkes.

Hierin, das betonen wir nochmals, liegt die Schuld der christlichen Arbeiterführer, und die Organe der christlichen Gewerkschaften nehmen an der Schuld teil, indem sie deren Verhalten entschuldigend und verteidigend und so den berechtigten Unwillen des Volkes über die Steuergründe ohne Ende dämpfen wollen. Aber das soll und das wird ihnen nicht gelingen. Die Erregung des wertvollen Volkes wird sich nicht so leicht wegschwächen lassen, dazu ist sie zu berechtigt. Nicht allein, daß unsre politischen Zustände so rückständig sind, daß sie außer denen in Ausland gar kein Beispiel mehr in Europa finden, daß die Willkür der Polizeigewalt, die Klassenjustiz, ihre schlimmsten Organe feiert, daß das brutale Unternehmertum in Gesetzgebung und Verwaltung geschützt und gefördert wird, daß die Löhne bei uns tiefer stehen als in anderen gleichartigen Ländern — nein, zu all diesem kommt noch eine Steuerpolitik, die die größten Lasten auf die breite Masse des Volkes wälzt und an dem großen Besitz schonungslos vorbeigeht. Das muß auf die Dauer selbst ein so gebildetes Volk, wie wir Deutschen sind, aufbegehren lassen. Kommt die Stunde der Abrechnung, dann kommt sie gründlich, und manche Anzeichen lassen hoffen, daß sie bald kommt. Die nach dem Steuerraub vorgenommenen Wahlen zeigen, wie sich der Zorn des Volkes gegen alle die kehrt, die an diesem Raube haften, und dazu gehört in erster Linie das Zentrum. Diese durch und durch verlogene Partei hat erst jetzt bei der Nachwahl im Kreise Koblenz-Coar einen Denkmittel erhalten, der hoffentlich ein Vorbild für weitere ist. Dort hat das Zentrum gegen das Jahr 1907 mehr als 8000 Stimmen eingebüßt, während die Sozialdemokratie in diesem fürchterlich rückständigen Kreise gegen 700 gewonnen hat. Das ist die gerechte Vergeltung, die alle die trifft, die das unerhörte Attentat unterstützen und beschönigen; denn hier heißt es: Mitgegangen — mitgefangen!

### Die Gewerbe-Inspektoren über die Verhältnisse im Baugewerbe.\*

In Hessen wurden trotz der im Berichtsjahre vorhandenen Krise mehr revisionspflichtige Betriebe mit mehr Arbeitern gezählt als im Jahre 1907, und im Gießener Berichte wird als besonders bemerkenswert hervorgehoben, daß in vielen Steinbrüchen und in sonstigen baugewerblichen Betrieben, soweit sie auf dem Lande liegen, eine auffallende Zunahme beobachtet worden ist. Die Bautätigkeit auf dem flachen Lande war nämlich gegenüber derjenigen in den Städten fast durchgängig sehr lebhaft und die aus den Städten und Industriegebieten infolge der dortigen Arbeitslosigkeit in die Heimat zurückkehrenden Arbeiter seien den einheimischen Arbeitern gerade gelegen gekommen.

Die Zahl der revisionspflichtigen baugewerblichen Anlagen betrug 1181 (1907: 1030) und der beschäftigten Arbeiter 5285 (5142), wovon 4665 (4501) erwachsene männ-

\* Schluß des Artikels aus den Nummern 85 und 86.

liche und 600 (638) jugendliche Arbeiter waren. Im Jahre 1907 wurden im hessischen Baugewerbe auch 8 Knaben im Alter von unter 14 Jahren gezählt, während 1908 solche nicht ermittelt wurden. Es gab im vorigen Jahre, wie der Vergleich zeigt, 101 Anlagen und 123 Arbeiter mehr als 1907.

In der Stadt Worms mußten wegen bedeutender Arbeitslosigkeit Nothstandsarbeiten ausgeführt werden, und zwar handelt es sich dabei um Mauerarbeiten an dem „Cornelianum“, Mauern, Beton- und Zimmerarbeiten an der Rathhauserweiterung, Tischler-, Glaser-, Verputz- und Schlosserarbeiten an Arbeiterhäusern, Wiederherstellungsarbeiten an der Andreaskirche, Gas- und Wasserrohrerweiterungen, Aabelverlegungen, Straßenbauarbeiten und Vorbereitungsarbeiten für eine Malanlage, insgesamt Arbeiten im Betrage von etwa M 67 000. Weitere Nothstandsarbeiten hatte die Stadterhaltung bereitgestellt.

Der Gießener Aufichtsbeamte konstatiert die unter dem Einfluß der Krise eingetretene Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und Lebenshaltung eines großen Teiles der Arbeiter. Wenn auch eine eigentliche Herabsetzung der bestehenden Arbeitslöhne nur in verhältnismäßig geringem Umfang und wenigen Betrieben eingetreten ist, so haben die Kürzungen der täglichen Arbeitszeit sowie die Feierschichten doch eine Schmälerung des Einkommens herbeigeführt.

### Wir demonstrieren

in den jetzt beginnenden Versammlungen; es ist deshalb die Pflicht aller Verbandskollegen, diese Versammlungen zu besuchen. Genügt jeder Kollege dieser Pflicht, so wird unsre Agitation eine großartige Rundgebung werden; denn

### in 900 Versammlungen

soll über die baugewerblichen Arbeiter im Kampfe um die Arbeitsbedingungen gesprochen werden. Die Lage zwischen uns und den Unternehmern ist durch das Protokoll über die Generalversammlung der württembergischen Unternehmer völlig geklärt worden. Man will bei den Unternehmern den Kampf

### Gegen die Herausforderung

der Unternehmer, wie sie aus den dadurch enthaltenen Plänen hervorgeht, müssen wir mit aller Entschiedenheit protestieren. Wir müssen den Unternehmern zeigen, daß sich die deutsche Mauererschaft von ihnen nicht einschüchtern läßt. Zugleich aber wollen wir der Öffentlichkeit beweisen, daß das, was wir fordern, vom Standpunkte der Gerechtigkeit und der Volkswirtschaft tausendmal berechtigt ist. Das sei unsre erste Antwort auf die Pläne

### der Unternehmer!

Mehrere Male konnte die Gewerbeinspektion Betriebsinhaber, die unter Verbeibaltung der täglichen Arbeitszeit Lohnreduktionen vornehmen wollten, bewegen, hieron Abstand zu nehmen, die jetzige Lohnhöhe beibehalten zu lassen und statt dessen die Produktion durch Kürzungen der Arbeitszeit einzuschränken.

Im Wortlaut wird der im Berichtsjahre zwischen den Arbeiter- und Unternehmerorganisationen abgeschlossene Tarifvertrag für das Baugewerbe in Mitteldeutschland mitgeteilt und ferner die Einführung des Gießener Tarifvertrages für das Mauerergerbe im Dorfe Guedelheim bei Gießen auf die Forderung unsrer Kameraden hin erwähnt.

Angeführt werden auch die beiden Baugewerbetreits in Mainz und Worms und veranlaßt nur die Bemerkung im Mainzer Bericht: „die Organisationen der in Streit getretenen Arbeiter haben auf Streikausbruch hingewirkt und unterstützt“ Beanstandung. Man könnte danach annehmen, als ob es den beteiligten Gewerkschaften nur um den Streit, nicht aber um die Sache, nämlich Lohn-erhöhung und Arbeitszeitreduktion, zu tun gewesen wäre. Der Streit wurde in diesen wie in allen solchen Fällen nur dann proklamiert, als auf friedlichem Wege infolge der Unnachgiebigkeit der Unternehmer das gesteckte Ziel nicht zu erreichen war. Der Mainzer Aufichtsbeamte dürfte daher in Zukunft eine etwas glücklichere Form für solche Darstellungen wählen.

Bezüglich der Unfälle findet sich nur im Offenbacher Bericht die Feststellung, daß die Gruppe XV (Baugewerbe) einer auffallenden Rückgang derselben zeigt, da nur zwei solcher gemeldet wurden. „Es mag dies mit der schlechten Geschäftslage des Baugewerbes im Zusammenhang stehen, aber auch namentlich damit, daß ein großer Teil der Unfälle, die Arbeiter auf Zimmerplätzen und

Weißbinderwerkstätten betreffen, gar nicht zur Anmeldung gelangen.“ Es sind zweifellos unorganisierte Arbeiter, die nicht berufen und wohl auch nicht den Mut haben, ihre Rechte geltend zu machen.

In Württemberg nahm die Zahl der den Gewerbeinspektoren unterstellten baugewerblichen Betriebe zwar von 254 auf 282 zu, aber die der Arbeiter ist von 2616 auf 2299 zurückgegangen. Vergleich mit jenen Angaben mit jenen für das viel kleinere Hessen, so ergibt sich ein arges Mißverhältnis, das sich wohl nur durch die Annahme erklären läßt, daß die hessische Gewerbeinspektion eine vollkommenere ist, vielmehr alle revisionspflichtigen Betriebe faßt, als die württembergische. Denn nach Lage der Dinge müßten doch die baugewerblichen Arbeiter und Betriebe in Württemberg viel zahlreicher sein als in Hessen, zählt doch letzteres nach der Berufszählung von 1907 2 338 010 und Hessen nur 1 235 823 Einwohner.

Die Zunahme der Betriebe und die Abnahme der Arbeiter im Baugewerbe in Württemberg läßt auf den Rückgang der Beschäftigung und die Vermehrung der kleineren Betriebe schließen. Die Berichte konstatieren denn auch das Niederkriegen des Baugewerbes. So sagt der Inspektor des ersten Bezirks (Stuttgart): „Schlecht beschäftigt war das Baugewerbe und mit wenigen Ausnahmen die mit diesem im Zusammenhang stehenden Ziegeleien, Steinbrüche und Steinhauereien, Zimmer- und Mauerer-geschäfte und, vor allem die handwerksmäßigen Bautischlereien. Diese sahen sich vielfach genötigt, für die Großbetriebe schlecht bezahlte Luiträge auszuführen.“ Im zweiten Bezirk (Nedar- und Schwarzwaldkreis) wiesen nur wenige Oberamtsbezirke eine lebhaft Bautätigkeit auf und ähnlich unbedeutend war die Geschäftslage in den andern beiden Bezirken. Verständlich wird dazu bemerkt, daß unter diesen Umständen das Unterstützungsweesen der gewerkschaftlichen Organisationen außerordentlich wohlthätig gewirkt hat. „Die Heise-, Arbeitslöse- und Krankenunterstützung der Verbände ist in viel stärkerem Maße als früher in Anspruch genommen worden. Tausende wurden dadurch vor dem Nihil für Obdachlos bewahrt.“ So entlasten die so viel beschäftigten Gewerkschaften die Gemeinden und den Staat um große Summen, die die Arbeiter aus ihrer eignen Tasche aufbringen. Von diesem „Wohlfühlig“ reden die Gegner der Arbeiterbewegung nicht oder sie machen gar in ihrer Böswilligkeit ein Zerbild daraus.

Zurechtend wird die so ziemlich überall für die Arbeiter in verschiedenen Formen herrschende Wohnungsnot in Verbindung mit dem unbedeutenden Stande der Bautätigkeit gebracht. „Da es den Anschein hat“, sagt der Berichterstatter des zweiten Bezirkes, „als ob die Bautätigkeit von der Industrie in nächster Zeit weniger als früher beansprucht sein werde, so läge es nahe, daß sie sich um so stärker mit der Erbauung von Arbeiterhäusern befassen würde; der Zeitpunkt wäre hierfür auch insofern besonders günstig, als das Bauen wieder billiger geworden ist. Auf diesem Gebiet könnte namentlich auch die gemeinnützige Tätigkeit sich noch mehr als bisher entfalten, welche noch nicht überall die Unterstützung findet, die sie verdient, mitunter auch in Kreisen von Arbeitgeber, die keine eignen Arbeiterwohnungen beschaffen, jedoch zum Zugang auswärtiger Arbeiter beitragen. Eine kräftige Förderung der Bautätigkeit hätte auch den weiteren Vorteil, belebend und bessernd auf den Geschäftsgang weiter gewerblicher Kreise zurückzuwirken.“

Auf die Erbauung von „Arbeiterhäusern“ durch die Unternehmer verzichten die Arbeiter, da sie sich sehr häufig zu einer „Wahlratsprüfung“ auswauchen. Dagegen sollten die Gemeinden, der Staat und Baugenossenschaften viel mehr zur Abhilfe der Wohnungsnot tun, was, wie eine reiche Erfahrung lehrt, auch mit Erfolg getan werden kann. Hat doch die Stadtgemeinde Elm bereits für 4500 Personen in städtischen Wohnhäusern Unterkunft geschaffen durch gesunde Einzelhäuser, in denen die Familien besser und billiger wohnen als in den Häusern der Altstadt, in denen die Sterblichkeit 15,5 pro Mille gegen 5,8 pro Mille in den neuen städtischen Häusern beträgt. Dem guten Elm Beispiel folgte die Stadt Giengen, die zunächst mit M 100 000 von der Berichtigungsanstalt, zu 3 pzt. verzinsbar, fünf Doppelhäuser mit 18 zwei- und dreizimmerigen Wohnungen erstellte. Die Wohnungen haben außer den nötigen Zu-behören elektrisches Licht, Wasserleitung und Gartenanteil. Nach 23 Jahren werden die Mieter Eigentümer ihrer Wohnungen.

In Stuttgart fand im Berichtsjahre eine Landesbauausstellung statt, die von der Zentralfstelle für Gewerbe und Handel veranstaltet war und die für den Bau, den Stil und die Anordnung von Arbeiterwohn-häusern und die Ausstattung von Arbeiterwohnungen in reichem Maße anregend und befruchtend gewirkt hat.

In bezug auf der Arbeiterschutz wird berichtet, daß eine gewerkschaftliche Bauarbeiter-Schutzkommission dem Gewerbeinspektor mitteilte, daß in einem Ziegeleibetrieb die Arbeiter über Gebühr ausbeutet, um ihre so leibende Sicherheit betrogen und dazu noch tödlich schwer mißhandelt

werden, worauf die gerichtliche Untersuchung der Fälle angeordnet und durchgeführt wurde. Neuester merkwürdig ist die dazu gemachte Bemerkung: „Die angeklagten Arbeitgeber wurden aber wegen fehlenden Tatbestandes durch Beschluß der Strafkammer außer Verfolgung gesetzt.“ Ja, war denn dann alles nicht wahr oder waren die Schuldigen „nicht zu ermitteln“?

An anderer Stelle wird darüber geklagt, daß die Durchführung der Vorchrift, betreffend die Erstellung rauch- und feuergefährlicher Treppenhäuser in gewerblichen Anlagen, noch immer bei den Unternehmern auf Schwierigkeiten stößt, wobei sie von den ausführenden Baufirmen öfter unterstützt werden. Die Gewerbeinspektion wünscht deshalb eine sorgfältige Ueberwachung der Fabrikneubauten durch die Baukontrolleure, damit rechtzeitige Einsprüche erhoben werden kann, wenn derartige Anlagen in ihren wichtigsten Teilen den im Interesse des Arbeiterschutzes erteilten Vorschriften nicht entsprechen. In manchen Fällen liegen der Nichteinhaltung der Vorschriften auch andre Ursachen zugrunde, z. B. die Unterbietung der Preise durch die Konkurrenz. So fanden sich bei den Revisionen neuere Betriebe vor, deren Aufzugsanlagen nicht oder nur teilweise den an sie zu stellenden Bedingungen entsprachen. Die Erhebungen ergaben, daß die auftraggebende Firma dem niedrigsten Angebot den Vorzug gegeben hatte, ohne damit zu rechnen, daß keine Gewähr für vorschriftsmäßige Ausführung gegeben war und ihr ein später verlangter Umbau des Aufzuges bedeutend teurer zu stehen kommen würde.

In einer ganzen Anzahl Gemeinden mußten Notstandsarbeiten besetzt werden, um den Arbeitlosen Verdienst zu gewähren. Lohnreduktionen infolge der Krise sind nur selten vorgekommen, mehrfach mußten Unternehmer bezügliche Wünsche aufgeben, da die Arbeiter dagegen Stellung nahmen. Andererseits sind auch nur selten und in bescheidenem Maße Lohn erhöhungen zu verzeichnen gewesen.

In der Darstellung der Streiks werden jene der Bauarbeiter in Stuttgart und Feuerbach erwähnt. Insgesamt werden in einer bezüglichen Tabelle 39 Streiks, die sich auf 192 Betriebe mit 1401 Arbeitern und 5 Aussperrungen, die sich auf 109 Betriebe mit 1945 Arbeitern, wovon 1238 ausgesperrt wurden, erstreckten, angeführt. Von den Streiks hatten 3 wochen, 10 teilweise und 10 keinen Erfolg, während die Aussperrungen in allen Fällen erfolgreich waren.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 30 neue Tarifverträge abgeschlossen worden, die sich auf 513 Betriebe mit 4290 Arbeitern erstrecken. 25 Tarifverträge für 4206 Arbeiter wurden auf friedlichem Wege geschlossen und zwei als Ergebnisse von Aussperrungen. Die Gewerbeinspektion stützt neuerdings ihre grundsätzliche Stellung zu den Tarifverträgen durch folgende Darlegungen: „Es ist den Gewerbeinspektoren schon der Vorwurf gemacht worden, daß sie in den Jahresberichten eine einseitige Stellung zugunsten der Tarifverträge einnehmen. Allerdings vom Erscheinen der ersten Tarifverträge in Württemberg an haben die Beamten in ihren Berichten ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß diese Verträge zu dem besten Frieden der Organisationen gehören. Sie sind der Ansicht, daß die ganze Entwicklungsgeschichte dieser Verträge und die durch sie ins Leben gerufenen sozialen Einrichtungen regernd für alle Maßnahmen sind, welche im Interesse der friedlichen Entwicklung unserer Industrie ergriffen werden müssen. Diese Ueberzeugung haben die Gewerbeinspektoren heute noch, ohne die außerordentlichen Schwierigkeiten zu verkennen, welche sich aus persönlichen und sachlichen Gründen der Tarifbildung im einzelnen entgegenstellen.“ Vielleicht gibt diese Stellungnahme der württembergischen Gewerbeinspektion der „D. Arbeitgeber-Ztg.“ Anlaß zu einer neuen Hege gegen sie; denn nach ihrer Meinung sollen die Fabrikinspektoren, etwa wie Polizisten usw., nur die blinden Werkzeuge der Unternehmer sein.

Ueber den Stand der Gewerkschaftsbewegung wird berichtet, daß die Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften von 55 000 in 1907 zurückgegangen ist auf 53 050 in 1908, der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften von 2200 auf 2038, während die der christlichen Gewerkschaften von 3751 auf 4000 gestiegen sei. Von den freien Gewerkschaften wird mitgeteilt, daß sie sich außer der Sorge für die materielle Befestigung der Arbeiterschaft viele Mühe geben für ihre geistige Hebung durch Abhaltung von belehrenden Wandervorträgen und daß sie besonders auf die heranwachsende Jugend erzieherisch einzuwirken suchen. Von „staatsverhaltender“ Seite wird diese erzieherische Einwirkung sehr ungern gesehen und daher wenigstens zu erschweren versucht, wenn sie nicht verhindert werden kann.

In Baden ist die Zahl der revisionspflichtigen baugewerblichen Betriebe von 474 auf 5138, die der Arbeiter von 6804 auf 7239 gestiegen. Davon waren 1907 drei Arbeiterinnen im Alter von über 16 Jahren und 811 männliche Jugendliche und 1908 drei bzw. 349. Es ist

in allen Fabriken eine Zunahme zu verzeichnen, die bei der Gesamtzahl der Arbeiter 485 beträgt. Gleichzeitig ist aber die Gesamtzahl der in den revisionspflichtigen Anlagen Badens überhaupt beschäftigten Arbeiter von 235 327 auf 229 935 zurückgegangen, und die Fabrikinspektion bemerkt im Regelleil, daß das Jahr 1908 für die bairische Arbeiterschaft im höchsten Grade unerfreulich war. „Verständnislos infolge von Betriebs Einschränkungen und zum Teil auch von Lohnreduktionen, Arbeitslosigkeit, überhaupt Unberechenbarkeit und Unsicherheit der Existenzbedingungen und dabei Verteuerung der Lebenshaltung bilden die charakteristischen Merkmale der Periode.“

Die Ungunst der Geschäftslage hat auch auf die Gestaltung der Organisationen nachteilig eingewirkt, so daß sich die Mitgliederzahl verschiedener Gewerkschaften nicht oder nur sehr unbedeutend vergrößerte, manche Zahlstellen erheblich Einbuße hatten und einige sogar eingehen mußten. Tarifverträge wurden, soweit die Fabrikinspektion davon Kenntnis erlangte, 17 (1907: 32, 1906: 66, 1905: 27) abgeschlossen. In der Streikabelle sind die Bauarbeiterkämpfe von Waldkirch, Laß, Rheinfelden, Haltingen, Pforzheim und Mannheim-Sandhofen angeführt. Insgesamt kamen 49 Streiks vor, die sich auf 154 Betriebe mit 8573 Arbeitern erstreckten und 13 Aussperrungen, die 179 Betriebe mit 3961 Arbeitern betrafen. Sehr bemerkenswert ist die verschiedenartige Zahlen-

stehen, selbst entziehen. Solche Anerkennung einer großen historischen Wahrheit kann man von ihnen, die aus Rücksicht auf herrschende Sonderinteressen Feinde des Kulturfortschritts sind, nicht erwarten. Es ist aus dem Zweck ihrer „Umsturzgekämpfung“ begreiflich, daß sie der Wahrheit Gewalt antun und behaupten: die Sozialdemokratie sei das Resultat eines an der „göttlichen Weltordnung“ begangenen „Verbrechens“. Ganz und gar können sie, selbst wenn sie den besten Willen dazu hätten, doch nicht leugnen, daß es eine Logik der Weltereignisse gibt. Wohl oder übel müssen sie, wenn auch widerstrebend, dieser offenkundigen Tatsache Rechnung tragen, da ihnen sonst die „günbliche Beweisführung“ für die „Schlechtheit“ und „Wertlosigkeit“ der Sozialdemokratie unmöglich sein würde. Sie können nicht sagen, die „Umsturzpartei“ sei das Produkt absoluter Willkürlichkeit eines „bösen Geistes“. Wenn sie schon versichern, daß die Sozialdemokratie „ein böses böses Geistes“ ist, so müssen sie doch wenigstens aus historischen Tatsachen heraus ein Verbit dieses Geistes entwerfen. Das bringen sie sehr leicht fertig. Sie erklären: die Sozialdemokratie würde nicht sein, wenn der Liberalismus, die bürgerliche Demokratie nicht vorher in die Welt gekommen wäre. Der Liberalismus habe die Grundlage „gottgepflanzter Ordnung“ zertrümmert; die Achtung vor geistlicher und weltlicher Autorität untergraben; alle „Bande der sittlichen Harmonie“ im Staats- und Gesellschaftsleben gelöst und die „Sündflut der destruktiven Ideen“ herbeigeführt; seine Wissenschaft habe den „Volkgeist vergiftet“, seine Politik habe das Elend geschaffen. Ergo sei der Liberalismus, besonders in seinen Extremen, der bürgerlichen Demokratie und dem Freireich, die „Vorfurcht der Sozialdemokratie“. Die bürgerliche Demokratie habe „den Volkgeist prädisponiert für den sozialdemokratischen Aufstachelstoff“. Oft genug haben im Verlaufe der Jahre konervative und ultramontane Stimmen erklärt, es nütze nichts, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, wenn nicht zugleich die Quelle der sozialdemokratischen Ideen, die liberale Weltanschauung zerstört werde.

Wie unsagbar jämmerlich und verächtlich müssen die reaktionären Vorfurcht-Theoretiker dem erscheinen, der sich und andere Menschheit geben kann über den naturnotwendigen, unfassbaren Zusammenhang aller Entwicklungsstadien, die die Menschheit durchgemessen hat, aus Nacht und Barbarei aufsteigend zu immer besserer Erkenntnis, höherer Kultur, vollkommenerer Humanität! Da hat in organischer Folge, unabhängig von dem Willen der Menschheit, die eine Weltanschauung die andre abgelöst, und mit der Weltanschauung sanken in Trümmer all die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, die auf sie gebaut waren. Da war, was der Weltgeschichte ganzen Inhalt ausmacht, nichts als ein stetes, ununterbrochenes Vergehen und Werden, Blüte, Frucht, Verfall, und aus dem Verfall die neue Blüte, die neue Frucht, das neue Leben. So sagt Alexander von Humboldt: „Im Lebensgeschick der Staaten ist es wie in der Natur, für die, nach dem sinnvollen Anspruch Goethes, es im Wachsen und Werden kein Bleiben gibt und die ihren Fluß gehängt hat an das Stillestehen.“

Möge sich die Annahme des jeweilig die Gewalt besitzenden herrschenden Sonderinteresses noch so energisch auflehnen gegen dies neue Werden im Geiste und in der Welt der Tatsachen — diese Auflehnung, die immer begleitet ist von Verübung schändlichster Ungerechtigkeit im Namen des „Rechts“, kann wohl zu Katastrophen führen, aber den Sieg des Fortschritts in Vernunft, Humanität und Kultur nicht verhindern. Das lehrt die Geschichte, die ja freilich leider für die „Zuschauer der „maßgebenden“ Macht niemals dazu dargelegen ist, aus ihr zu lernen.

Der fortschende, unablässig nach Erkenntnis ringende Geist brach, immer Nebel gegen die bestehende Ordnung, dem Fortschritt die Bahn. Die Rebellion des Geistes richtete sich in frühester Zeit naturgemäß zunächst gegen die Herrschaft der religiösen Vorstellungen, auf der die ganze Staats- und Gesellschaftsorganisation beruhte. Es war der Anfang der Erschütterung dieser Herrschaft, als sich die ersten griechischen Philosophen an den Versuch heranwagten, die Natur und das Verhältnis des Menschen zu derselben zu erklären. Als die Pythagoräer hier bis fünf Jahrhunderte vor dem Beginn unserer Zeitrechnung die „Lösung des Weltproblems“ zu ihrer Aufgabe machten, befaßten sie sich zu dem Geiste, der alle Zeit der Geist des Umsturzes war. Und eine bedeutende Konzeption an diesen Geist machte Xenophanes, als er lehrte:

„Die Götter haben nicht von Anfang alles dem Sterblichen verliehen; allmählig findet er durch langes Forschen erst das Bessere.“

Dieser Weise erklärte die Vernunft als die einzige Quelle der Wahrheit. Noch einen Schritt weiter tat Anaxagoras, als er, die Götter leugnend, die Lehre

**Nieder mit dem Fusel!**  
Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Leipzig forderte am 13. September unter brausendem Beifall der auf den Tribünen anwesenden Arbeiter alle Arbeiter Deutschlands einstimmig auf,  
**den Schnapsgeiz zu meiden,**  
um auf diese Weise der verbrecherischen Auswucherungspolitik des armen Volkes durch Zünfter, Zentrum und Polen entgegenzuwirken.  
**Es ist die moralische Pflicht** aller Arbeiter, diesen Aufruf zu befolgen, um so gegen die schamlosen Versuche, dem armen Volke im Interesse der Reichen fortgesetzt neue ungeheure Lasten aufzubürden, wirksam zu protestieren. Entfagen die Arbeiter dem Schnapsgeiz, so wird dadurch den Schnapsjüngern und ihren Verbündeten  
**ein Denkzettel** gegeben, der seine Wirkung nicht verfehlen wird. Gleichzeitig wird dadurch eines der größten Hindernisse für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse aus dem Wege geräumt. Kollegen allerorts! Wir erwarten von Euch, daß Ihr bei diesem Kampf gegen die Auswucherung mit in erster Reihe steht!

Bewegung der Streiks und Aussperrungen in den letzten drei Jahren. Streiks kamen vor: 1906: 131, 1907: 96, 1908: 49; Aussperrungen: 1906: 6, 1907: 9 und 1908: 13. Die Zahl der ersteren ist demnach von Jahr zu Jahr zurück- und im Gegensatz dazu die der Aussperrungen in die Höhe gegangen. In diesen Verschiedenheiten spiegelt sich deutlich der Wechsel von Prosperität und Krise wider, die einmal dem Vorgehen der Arbeiter, im andern Falle dem der Unternehmer günstig ist. Aber auch dann dürfen sich die Arbeiter nicht mehr aus der einmal erlängten Position verdrängen lassen, für deren Verteidigung und Festhaltung die schwedischen Arbeiter ihren Generalkreis führten. Die Bestrebungen der Arbeiter fallen mit der Entwicklungstendenz der modernen Kultur zusammen und darum muß ihre Parole lauten:  
„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Z.

**Vorfurcht im Völkerverleben.**

Unablässig ist der reaktionäre Geist, die von ihm beherrschten öffentlichen Gewalten und staatsverhaltenden Parteien am Werke, die Arbeiterbewegung, den demokratischen Sozialismus, als Element des „Umsturzes“ zu bekämpfen. Sehr verständlich ist die sich an der Wahrheit mit der Art und Weise, wie sie die Entstehung und das Wesen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie, als der hauptsächlichsten „Umsturzmacht“ zu erklären versuchen. Wollten die für die „bestehende Ordnung“ eintrittenden reaktionären Staatsmänner, Politiker, Gelehrten und Zeitungsschreiber, die Wahrheit respektierend ausgeben, daß die Sozialdemokratie das notwendige, den Kulturfortschritt verbürgende Ergebnis aller seitzeitigen Entwicklung ist, so würden sie sich den Boden, auf dem sie

von der Weltintelligenz verblüdete. Schritt um Schritt geht es weiter. Sokrates verkündete das Prinzip der geistigen Freiheit und die Lehre der sittlichen Selbsterkenntnis. Zur Strafe dafür mußte er unter der Anklage „falsche Götter“ gelehrt zu haben, den Göttertrinker. Seine Lehre war die Vorfrucht der berühmten Ideenlehre des Plato, den man den „Vater aller idealistischen Weltanschauungen“ genannt hat und dessen Idealismus in einem folgerichtig durchgeführten Kommunismus gipfelte. Und diese Philosophie wieder war eine Vorfrucht der Moralphilosophie, die in den Römern Cicero, Seneca u. a. bedeutende Vertreter fand. Forderung ersterer Gerechtigkeit auch gegen Menschen der niedrigsten Klasse, so bekannte sich Seneca unbedingt zum Menschenrecht; er forderte, daß auch im Sklaven der Mensch geachtet werde, vor der Vernunft sei der Sklave dem Freien gleich, und vor der Jugend bestehe kein Unterschied zwischen Sklaven und Freien.

Alle diese neuen Anschauungen waren Vorfrüchte des Christentums, d. h. des Christentums, welches der Nazarener und seine Jünger lehrten bezw. zusammenfassten in den Worten Gleichheit, Brüderlichkeit, Freiheit, dem Evangelium für die Armen und Entzerrten. Aus dem Christentum erwuchs, als es Staatsreligion geworden war, allerdings eine Hierarchie, die Herrschaft des Papsttums. Aber diese Herrschaft gründete sich auf eine neue, große „umstürzlerische“ Idee, die logisch aus den Lehren des Christentums folgte, auf die Idee der Universalität, der Internationalität, der Solidarität aller Menschen auf dem Boden der Religion. Es sollte sein eine Herde und ein Hirte.

Die Entzerrung und Entartung des offiziellen Christentums im Dogmenglauben schuf die Ketzerei und deren Verfolgungen. Die Hierarchie verteidigte mit grausamer Gewalt die von ihr bestimmte und beherrschte Gesellschaftsorganisation. Aber wie Lenau in seinen „Abingernern“ so schön singt:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,  
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen  
Mit Purpurmänteln oder dunkeln Mänteln;  
Den Abingernern folgten die Nixen  
Und zahlten blutig heim, was Jene litten;  
Nach Fuß und Ziska kommen Luther, Sulten,  
Die dreißig Jahre, die Ebenenstreiter,  
Die Stürmer der Bastille und so weiter.

Der unübersehbare Hierarchie macht die Reformation ein Ende. Die Wissenschaft wirft ab das Joch unwürdiger Bevormundung und lebt auf im langgefächerten Geist der Humanität. Die Humanisten lehren die Würde und das Recht des Menschen, des Staatsbürgers, im Gegensatz zur überlieferten Anmaßung der feudalen Gewalten. Der demokratische Gedanke beginnt seinen Siegeszug. Die revolutionäre Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker tritt dem überlieferten Autoritätsunfug entgegen. Könige von „Gottes Gnaden“ müssen als Verbrecher an der Nation auf dem Schafott ihr Leben lassen. Unter dem Donner der französischen Revolution bricht der Feudalismus mit seiner ganzen Weltanschauung zusammen. Aus den Geburtswehen der neuen Zeit geht der bürgerliche Liberalismus, die Ideenkombination des von allen Fesseln befreiten Kapitalismus hervor. Er proklamiert, in den Staatsverfassungen die Gleichheit der Bürger im Recht und vor dem Staate; er führt den Absolutismus und bringt das konstitutionelle Staatswesen. Liberalismus und Kapitalismus begründen und entwickeln eine neue Gesellschaft; sie lösen theoretisch und bis zu einem gewissen Grade praktisch die Frage der politischen, der staatsbürgerlichen Freiheit. Das ist ihr historischer Beruf. Nichts von Willkürlichkeit liegt darin. Aber sie lassen die Frage der wirtschaftlichen Gleichheit, der Gleichheit der Lebensbedingungen ungelöst.

Diese Frage zu lösen, erscheint der demokratische Sozialismus auf der Weltbühne als konsequente Fortentwicklung der letzten großen Fortschrittsidee, des Liberalismus, als die Frucht der Stimme von Kultur, welche das kapitalistische System in sich zusammenfaßt.

So hat die letzte Befruchtung der Menschheit zu immer schönerem Gedeihen sich holtzogen nach dem Gebote der entwicklungsgefehligen Notwendigkeit. Dieses Gebot wird wirksam bleiben in ihr, und seine nächste Vollstreckerin ist die Sozialdemokratie.

Das ist die historisch wahre Lehre von der Vorfrucht im Völkerverben.

### Politische Umschau.

Der sozialdemokratische Parteitag. — Reichstagsersatzwahl in Coblenz-St. Goar.

Der vom 12. bis 18. September in Leipzig abgehaltene sozialdemokratische Parteitag hat im allgemeinen einen uns befriedigenden Verlauf genommen. Wir können uns natürlich mit den sechstägigen Verhandlungen nicht eingehend befassen, müssen uns vielmehr darauf beschränken,

nur das wichtigste in knapper Zusammenfassung zu beredigen. Dazu gehört in erster Linie der einstimmig gefasste Beschluß, welcher dem Schnapsbottolott ausbricht. Abgesehen davon, daß dieser Beschluß den schweren körperlichen und moralischen Schäden, die der übermäßige Branntweingenuß hauptsächlich für weite Schichten der Arbeiterklasse mit sich bringt, gebührend Rechnung trägt, hat er auch einen sehr bedeutenden politischen und wirtschaftlichen Zweck; er ist darauf gerichtet, der Regierung und den liebesgabendigeren Agrariern ihre „reichsfinanzreformersche“ Schnapsrechnung gründlich zu verbieten. Durchaus zutreffend ist das, was der betreffende Beschluß proklamiert, als eine Art Steuerbeweigerung auf dem Wege der Enthaltensamkeit zu bezeichnen; er trifft die Regierung und die Agrarier an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel.

Selbstverständlich ist der Parteitag von der Voraussetzung ausgegangen, durch geeignete Propaganda die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands für den Schnapsbottolott zu gewinnen. Da kommt nun allerdings die Tatsache in Betracht, daß die Hauptschnapsstärker Deutschlands gerade in den Gegenden seien, in denen die Sozialdemokratie verhältnismäßig wenig Anhänger hat. So besonders in Ostelbien, wo es dem Junker- und Pflanzentum bis jetzt möglich gewesen ist, die Arbeiter im Durchschnitt auf dem niedrigen Niveau der wirtschaftlichen Existenz und der Bildung zu halten.

Wo der Arbeiter eine wirtschaftlich und intellektuell gehobene Stellung einnimmt, in den Großstädten und den Industriezentren, ist der Schnapskonsum im Durchschnitt weit geringer als in Ost- und Westpreußen, Posen, Oberschlesien und sonstigen reichhaltigen Gegenden Deutschlands. Aber immerhin spielt auch in der Arbeiterklasse großstädtischer Kreise der übermäßige Branntweingenuß noch eine große Rolle. Wenn die gesamte organisierte Arbeiterschaft und die sozialdemokratische Wählerkraft für die Durchführung des Schnapsbottolotts gewonnen werden, so dürfte auch damit schon dem Zwecke dieser Kriegserklärung in erheblichem Maße gedient werden. Vergeblich haben bis jetzt in Deutschland kirchliche und bürgerlich-sozialreformersche Kreise große Volksmassen gegen den Schnapsbottolott mobil zu machen versucht. Sie haben nur verschwindend geringe Erfolge aufzuweisen gehabt. Die muderscherreligiös durchtränkten, pastoralen Abstinenzbestrebungen vermochten nicht, Eindruck auf größere Massen zu machen. Zutreffend bemerkt die „Berliner Volksztg.“, daß manchem der stärkste Fiesel immer noch besser schmeckt, als das salbabende Geschwafel der Verkommenskünstler, die den gottvergeßenen Alkoholikern direkt in — die Hölle abzurufen lassen. Frühere sozialdemokratische Parteitage haben sich zu einer Stellungnahme zur Alkoholfrage unter dem Gesichtspunkt der reinen Abstinenzbewegung nicht entschließen können, unter diesem Gesichtspunkte läßt sich ja füglich diese Frage auch nicht zu einer Parteifrage machen. Etwas andres ist es jetzt, wo schwerwiegende politische-wirtschaftliche Gründe den Ausschlag für den Schnapsbottolott geben. Aus der früheren Haltung sozialdemokratischer Parteitage zur Alkoholfrage haben gewisse Gegner in ebenso sumpter wie gefäßiger Weise gefolgert, daß die Partei im Schnapssteuereinen „Bundesgenossen“ sei, und daß sie Rücksicht auf die sogenannten „Parteibudiker“ nähme. Was werden diese Gegner denn nun jetzt sagen, wo ein sozialdemokratischer Parteitag die Genossen und die gesamten Arbeiter einstimmig auffordert, sich des Schnapsbottolotts zu enthalten? Daß diese Aufforderung den Schnapspolitikern der Regierung und des Agrariertums sehr gegen den Strich geht, ist erklärlich. Die Berliner politischen Nachrichten“ jammen, daß, wenn das Ziel des Bohlottts, den Verbrauch von Erntibranntwein wenigstens um 25 pzt. einzuschränken, wirklich erreicht werden sollte, davon sowohl die Interessen der Spiritusproduzenten wie die der Reichskasse empfindlich berührt werden würden. Hoffentlich findet diese Befürchtung ihre Bestätigung. Zwar künden die Organe der junterlichen Schnapsbrüderchaft für diesen Fall bereits neue Steuern an, aber sie mögen sich doch nicht der Ansicht hingeben, daß dadurch die Arbeiter nicht abschrecken lassen werden, dem Beschlusse des Parteitages nachdrücklich Rechnung zu tragen.

Während der Bericht des Parteivorstandes eine außergewöhnlich schnelle Erledigung ohne längere Debatten fand, gab der parlamentarische Bericht Anlaß zum Austausch verschiedener Meinungsgegenstände. Es kam da vor allem die Taktik der Fraktion gegenüber der Erbschaftsteuer in Betracht. Wohl waren diese Auseinandersetzungen zum Teil recht lebhaft, aber im allgemeinen durchaus sachlich; das persönliche Moment spielte nur vorübergehend und ganz nebenbei hinein. Aus Delegiertenkreisen erfuhr die Haltung der Fraktion keine Anfechtung. Der Parteitag beging den Fehler nicht, ihr für die zu beobachtende Taktik die Hände zu binden. Die Gegner, die auf einen neuen sensationellen Skateel gehofft hatten, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Solchen Skateel hatten sie besonders aus einer Besprechung des un-

angenehmen Themas der „Hofgängererei“ sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter erwartet. Aber diese Angelegenheit fand in wenigen Minuten die denkbar einfachste und befriedigendste Erledigung dadurch, daß die in Betracht kommenden württembergischen Genossen die Erklärung abgaben, selbstverständlich nicht die Absicht gehabt zu haben, an einer monarchistischen Demonstration teilzunehmen. Zu einer Debatte darüber kam es nicht.

Das neue Organisationsstatut wurde en bloc angenommen. Denjenigen, die das tadeln möchten, geben wir zu bedenken, daß damit ja die Organisationsfrage in allen ihren Einzelheiten nicht ein für allemal entschieden ist. Es muß nun die Erfahrung lehren, ob und welche Änderungen an diesem Statut im Laufe der Zeit durch das Interesse der Partei geboten sind. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß die gesamte Partei energisch und entschieden beflissen sein wird, auf dem Boden des neuen Statuts in gewohnter Weise ihre Kräfte zu betätigen.

Die Frage der Parteifreier fand, wie vorausgesehen war, auch diesmal ihre definitive Erledigung nicht; erhebliche Meinungsgegenstände sind bestehen geblieben. Aber immerhin läßt der in dieser Frage gefasste Beschluß hoffen, daß sich diese Gegensätze fürderhin nicht in dem Maße wie seither unangenehm fühlend bemerkbar machen. Der Parteitag stimmte folgender vom Parteivorstand mit der Generalkommission der Gewerkschaften getroffenen Vereinbarung zu:

„Zur Vorbereitung der Parteifreier ist an allen Orten, möglichst zu Beginn des Jahres, eine Kommission einzusetzen, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftsstatut und die Parteiorganisation ihre Vertretung bestimmen. Den Vorsitzenden wählt die Kommission selbst.“

Die Kommission hat die Aufgabe, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitages, für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Die in Aussicht genommene Feier darf an keinem andern Tage als am 1. Mai stattfinden.

Bei Aussperrungen infolge der Parteifreier kann den davon betroffenen Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, und darauf haben die politisch wie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch.

Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Aussperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen.

Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds unzulässig ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Ausgesperrten zu unterstützen sind.

Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Kosten von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu bedenken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Kosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der diesen Organisationen angehörenden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralstellen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.

Erheben die Gewerkschaften im Anschluß an die Aussperrungen Lohnforderungen, so haben sie die Unterstützung der Ausgesperrten allein zu übernehmen.“

Die Frage der Besichtigung des internationalen Kongresses in Kopenhagen wurde nach einem kurzen Referat Singers dahin entschieden, daß diese Besichtigung gleichmäßig durch die Partei und die Gewerkschaften zu erfolgen habe. Die Festsetzung der Zahl der Delegierten soll dem Parteivorstand und der Generalkommission überlassen bleiben.

Ein sozialpolitisches Ereignis waren die Referate über die Reichsberufungsgerichtsordnung. Sie sind nicht in diesem Rahmen zu erledigen, wir werden darum noch ausführlicher darauf zurückkommen.

Zum Ort des nächsten Parteitages wurde Magdeburg gewählt. Der seitherige Parteivorstand wurde wiedergewählt. In seiner Schlußrede gab der Vorsitzende Singer der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Arbeiter des Parteitages der Partei und der Arbeiterklasse zum Segen gereichen würden.

Während des Parteitages fand im Reichstagswahlkreise Coblenz-St. Goar die infolge der Beförderung des bisherigen Zentrumsabgeordneten Wellstein erforderliche Neuwahl statt. Wellstein ist zwar, wie vorausgesehen war, wiedergewählt worden; er erhielt 11462 Stimmen, das sind fast 8000 Stimmen weniger, als im Jahre 1907 auf ihn entfielen. Die Sozialdemokratie dagegen hat fast 700 Stimmen mehr aufgebracht als damals, nämlich 2844. Das ist ein sehr beachtliches Resultat. Der Abfall

so vieler Stimmen vom Zentrum ist sehr charakteristisch. Die Nationalliberalen, die bei der letzten Wahl 5973 Stimmen aufbrachten, hatten von der Aufstellung eines Kandidaten abgesehen. Das Zentrum hat also auch eine Quittung bekommen für seine volksfeindliche Haltung bei der Reichsfinanzreform.

### Maurerbewegung.

#### Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Maurer:

#### Schleswig-Holstein:

**Eckernförde** (Aussperrung), **Eutin** (Sperre über den Bau des Wasserturms, Firma Liebold & Co.), **Oldesloe** (Sperre über Meyer aus Segeberg), **Düchelsdorf** (Sperre über Schmidt in Kasdorf), **Ohlstedt** (Sperre über Barkmann in Wiemerskamp);

#### Mecklenburg:

**Silze** (Sperre über Holdorf);

#### Brandenburg:

**Bad Schönfließ** (Aussperrung), **Fürstenwalde** (Sperre über Pätel bei den Arbeiten der Firma Pintsch), **Berlin** (Differenzen im Putzergewerbe), **Michen-dorf i. d. M.** (Sperre über August Klose);

#### Pommern:

**Swinemünde** (Sperre über den Kirchenbau in Ostswine), **Grefenhanen** (Massregelung bei Beermann), **Wolgast** (Sperre über Peters in Lümannsdorf), **Bergan a. R.** (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), **Treptow a. d. Rega** (Sperre über Paul Wittke), **Stettin** (Differenzen bei der Zementbaufirma „Comet“), **Stolp** (Sperre über Neumann);

#### Ost- und Westpreussen, Posen:

**Rawitsch** (Differenzen);

#### Königr. Sachsen:

**Leipzig** (Sperre über Winkler, Steinstrasse), **Mülsen** (Sperren über E. Meier, Ortmanndorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), **Borsdorf** (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Panitzsch), **Zittau** (Sperre über Hinke in Weigsdorf), **Oberriedersdorf** (Sperre über den Unternehmer Clemens), **Oederwitz** (Sperre über die Bauten der Unternehmer Krüsing und Neumann), **Neustadt** (Sperre über Anton in Langburkersdorf), **Taucha b. Leipzig** (Sperre über Fahntank aus Mückern), **Dresden** (Sperre über Symank), **Aue** (Sperre über Lein), **Frankenberg** (Sperre über Schulze);

#### Provinz Sachsen und Anhalt:

**Wettin a. d. S.** (Streiks), **Halle** (Sperre über Ifland in Passendorf), **Weissenfels** (Sperre über die Unternehmer Meizel und Schiedt), **Schkenditz** (Sperre über Reizwand), **Coswig** (Differenzen);

#### Schlesien:

**Landeshut** (Streik), **Bunzlau** (Sperre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.);

#### Thüringen:

**Tambach** (Streiks), **Arnstadt** (Sperre über O. Gressler); **Hannover, Braunschweig, Oldenburg:** **Badbergen**, **Lingen**, **Walsrode**, **Neuhaus a. d. E.** (Streiks), **Sulingen** (partieller Streik), **Brinkum**, **Buxtehude**, **Holzminde** (Aussperrungen), **Nordenham** (Sperre über die Bauten des Metallwerks), **Achim** (Differenzen);

#### Westfalen und Rheinland:

**Viersen**, **Hilden** (Streiks), **Minden** (Sperre über Ackmann in Oberkirchen, mehrere Sperren in Kutenhausen, Todtenhausen und Stemmer), **Düsseldorf** (Sperre über Riess), **Aprath** (Sperre über den Bau der Lungenheilstätte), **Dortmund** (Sperre über Lubbe), **Oberhausen** (Sperre über den Neubau der Herz-Jesu-Kirche, Unternehmer Reifenscheidt);

#### Hessen-Waldeck:

**Bad Soden** (Sperre über den Unternehmer Christian), **Büttelborn** (Sperre über Kuhlmann und Kraus), **Herstdal** (Sperre über Tomporz), **Darmstadt-Reinheim** (Sperre über Gg. Ph. Petri IV), **Frankfurt a. M.** (Sperre über die Betonbaufirma Ermold in Offenbach, Differenzen bei den Arbeiten der Betonbaufirma Ranke am Gaswerk in Hanau und Sperre über Noss in Rödelheim), **Witzenhausen** (Sperre über die Firma Ed. Holz- apfel aus Eschwege in Wendershausen);

#### Bayern:

**Rohau** (Streik), **Ansbach** (Sperre über Reuter); **Württemberg:** **Stuttgart** (Aussperrung der Bauarbeiter); **Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:** **Hockenheim** (Sperre über Riehl), **Zabern-Lützelburg** (Sperre über Holzmann & Co., Tunnelbau), **Metz** (Sperre über Couder);

#### Fliesenleger:

**Berlin** (gesperrt sind die Bauten folgender Subunternehmer: Hamdorf, Meyer, Gronski & Beiersdorf, Döschner bei Rosenfeld, Wolf & Bielefeld bei Villeroy & Boch), **Cöln** und **Düsseldorf** (Sperre über

die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn), **Mülheim-Ruhr** (Sperre über Möhlenbraek & Matheis), **Coblenz** (Sperre über Caspari);

#### Isolierer und Steinholzleger:

**Breslau** (Streik), **Hamburg** (Aussperrung), **Berlin** (Sperre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“), **Chemnitz** (Sperre über Ziegler & Fritsche), **Cöln** (Sperre über die Korkelthwerke), **Bremen** (Sperre über die Filiale der Firma Reinhold & Co.);

#### Oesterreich:

**Komotau** (Streiks).

#### Schweiz:

**Winterthur** (Streik), **Bern** (Differenzen).

#### Norwegen:

**Kristiania** (für Backofenmaurer gesperrt).

#### Ueber den Arbeitsnachweis der Unternehmer in Jena haben unsre dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

#### Gau Bremen.

Von **Delmenhorst** wird uns mitgeteilt, daß die Kollegen am 20. September die Wiedereröffnung der Arbeit mit 52 gegen 43 Stimmen abgelehnt haben, obwohl Gau- und Hauptvorstand dringend dazu rieten. Dieser Beschluß ist sehr zu beklagen. Nach Lage der Sache kann der Verbandsvorstand den Kampf nicht weiter unterstützen, der Kampf ist für ihn erledigt; wir haben deswegen Delmenhorst aus dem Streikverzeichniß gestrichen.

#### Gau Cöln.

Vom Zweigverein **Düsseldorf** wird berichtet: Bei der Abschließung des allgemeinen Vertrages im Jahre 1908 wurde für Ratingsen der Stundenlohn für Maurer auf 60  $\frac{1}{2}$  bei neunehalfstündiger Arbeitszeit festgesetzt. Die Unternehmer lehnten sich um diesen Vertrag jedoch nicht, sondern zahlten ruhig die alten Stundenlöhne von 50 bis 52  $\frac{1}{2}$  weiter. Da zwei von den vier Ratinger Unternehmern dem Arbeitgeberverband angehörten, so wandten sich die Organisationen an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes mit dem Ersuchen, „seine Mitglieder zur Innehaltung des Vertrages aufzufordern“. Im Juni 1909 wurden die beiden Mitglieder vom Einigungsamt zur Innehaltung des Vertrages verpflichtet. Durch Zufall erfuhr die Arbeiter am 7. August, daß der organisierte Unternehmer **Behrmeister** hierauf unterm 7. Juli geantwortet habe: „er zähle seinen tätigen Mauern 60  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn“. Der Arbeitgeberverband hatte es nicht für notwendig gehalten, der Organisation hierob Mittelung zu machen. Eine sofort vorgenommene Zahlung ergab jedoch, daß von 15 bei **Behrmeister** beschäftigten Leuten nur einer 60  $\frac{1}{2}$  erhielt, während die übrigen 52 bis 55  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn hatten. Um eine gültige Regelung zu erzielen, beantragten die Organisationen beim Arbeitgeberverband eine Sitzung mit den Ratinger Unternehmern, die von dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes auch aufgefaßt wurde; jedoch lehnte der Vorstand es ab, die zwei unorganisierten Unternehmer zu einer Sitzung einzuladen und lud seine zwei Mitglieder zu einer Vorstandssitzung ein. In dieser Sitzung erklärte **Behrmeister**, daß er nicht imstande sei, den Tariflohn zu zahlen; der Unternehmer **Lovers** erschien überhaupt nicht. Unter diesen Umständen blieb den Mauern nichts anderes übrig, als in den Streik einzutreten. Der größte Gegner geregelter Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist der Unternehmer **Schlöffer**. Die bei ihm beschäftigten Sublähms-Maurer sind zum Teil finanziell abhängig, so daß sie gegenwärtig sind, jahraus jahrein bei **Schlöffer** zu arbeiten. Zum „Danke“ dafür erhalten sie in der Regel 2 bis 5  $\frac{1}{2}$  weniger Stundenlohn als die übrigen Maurer. — Der Stand der Organisation ist also kein leichter; es bedarf daher der kräftigen Mitarbeit aller Bauarbeiter, um in Ratingsen den Tarif zur Anerkennung zu bringen.

#### Gau Nürnberg.

In **Ansbach** hat sich in der Sperte bei Reuter eine Wenderung infolge ergeben, als sich dort einige Streikbrecher gefunden haben, die aber diesem „humanen“ Herrn die Karre wohl nicht in dem Dreck ziehen werden.

In **Rehau** hat sich in dem Stande des Streits keine Wenderung ergeben. Die Streikenden sind zum größten Teil abgereist und haben in der Umgebung Arbeit gefunden, wohin sich die Unternehmer schon mehrmals gewandt haben, um zu veranlassen, daß die Streikenden entlassen werden. Dies ist ihnen zwar in einem Falle mit zwei Kollegen gelungen, die aber sofort wieder an anderer Stelle untergebracht werden konnten. Sonst haben die auswärtigen Unternehmer auf das Geinsel der Rehauer Reuter nicht reagiert.

#### Gau Stettin.

In **Stettin** gelang es den bezweifelten Anstrengungen der Firma „Comet“, einen zehnten, 18 Mann starken Trupp „Arbeitswilliger“ heranzuziehen. Die Bemittlung hatte die Firma **Neutra** z, **Polen** W. 3, **Zent** a L t r a k e 7, übernommen. Als Streikbrecheragent verdiente sich der Maurerpolier **Max Ball**, **Stettin**, die Sporen. Diese 18 Mann nutzten eine ordentliche Zerstörung an. In **Altam** ausgeladen, ging es zu Fuß nach **Finkenwalde**, von da im Motorboot nach **Grabow** in die **Fabrik**. In schonungsloser Weise wurden die losbaren Menschen im verhängten Stremper zur Arbeitsstätte auf der **Spaltenstraße** gebracht, doch hier hielten sie nicht stand. Die Hälfte reiste ab, die andere Hälfte wurde unter den modernen Hilfsmitteln, wie **Reboiler** usw., zunächst zur **Fabrik** und später nach der **Chemotefabrik** transportiert, aber auch hier rissen die Vetorien bald aus. Die größte Ueberzählung sollte jedoch am 18. September aus **Hamburg** kommen. Das **Kontor Müller** hatte etwa 50 „Desinfizierte“ aufgetrieben, wer weiß, wo; nach ihren Neben haben sie schon **Hamburg**, **Ciel** und **Eckernförde** un-

sicher gemacht. Diese „echten Hamburger“ ohne Platt liegen nun der Firma auf dem Halbe. Sieben von ihnen fanden die Arbeit zu schwer und markierten den Klassenkämpfer, gegen aber recht lange Gefährten, als es kein Reifegeb gab. Am 17. September erklärte sich der Firmeninhaber **Töpfer** in einer unter Vorhild des Gewerbedeputierten stattfindenden Verhandlung bereit, „seinen Leuten“ bis zum 31. Dezember 1909 55  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn für Einschaler und Zementierer und 38 bzw. 48  $\frac{1}{2}$  für Hilfsarbeiter zu zahlen, am 20. September 50 Mann einzustellen und in acht Tagen die „Müllerleute“ abzuschieben. Eine am 17. September tagende Versammlung der Streikenden stimmte dem Angebot zu. Die Arbeiter haben trotz der Winkelzüge des **Töpfer**, der entgegen gemachter Zusage einem Verhandeln mit den Organisationen vor dem Einigungsamt auswich, einen guten Schritt vorwärts getan. Die Lohnerschöpfung betragen 3 bis 6  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Hoffentlich nützen die Zementierer die Situation.

### Bekanntmachung des Ausschusses

Vom 27. September 1909 ab ist meine Adresse:  
**M. Daehne, Berlin N. 113, Carmen-Str. 158, v. IV.**  
Alle für den Verbandsauschuß bestimmten Sendungen und Zuschriften sind vom obigen Tage an die vorstehende Adresse zu richten.  
**M. Daehne,**  
Vorsitzender des Verbandsauschusses.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

**Stiergebeld** darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgehät werden. Mit den bezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu versehen:  
a) das Mitgliedbuch des betreffenden Mitgliedes und  
b) die Sterdenkarte.  
Außerdem sind anzugeben, die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungsanweisungen sind in der Zeit vom 18. bis 19. September für folgende Mitglieder erteilt:

- F. Freitag-Hamburg**, Verb.-Nr. 29 464; **Carl Heimann-Friedland i. W. (Frau)**, 293 042; **Friedr. Scholpp-Suttgart (Frau)**, 427 708; **F. Timmermann-Bauenburg a. b. E. (Frau)**, 82 826; **W. Kimmeler-Blieshausen (Frau)**, 365 166; **Ernst Weber-Beibag (Frau)**, 383 814; **Friedr. Römmling-Derenburg (Frau)**, 63 557; **Fredr. Hulmann-Schopfloh**, 194 727; **W. Lengersdorf-Düsselborf**, 265 482; **G. Wöhne-Rosfen**, 255 000; **S. Müller-Mainz**, 268 948; **S. Könnig-Dresden**, 133 964; **Raul Hofm-Breslau**, 179 930; **Fr. Huber-Nürnberg**, 424 346; **S. Schneider-Strahburg i. Gl.**, 302 285; **G. Starupke-Fresburg**, 69 746; **Otto Lammme-Brigen**, 108 698; **Ernst Grix-Berlin**, 2754; **Wih. Mellin-Berlin**, 565; **A. Steinmeier-Minden i. M.**, 299 155; **Friedr. Schmeider-Minden i. M. (Frau)**, 126 785; **Aug. Stannec-Breslau (Frau)**, 16 587; **G. Drith-Frankfurt a. M. (Frau)**, 192 288; **G. Kersten-Magdeburg (Frau)**, 42 014; **Ernst Grimm-Karlruhe (Frau)**, 406 686; **Aug. Merckel-Fork i. b. E. (Frau)**, 68 571; **Chr. Baum-Rie (Frau)**, 33 508; **A. Wirth-Vandau (Frau)**, 226 613; **W. Hofmüller-Galle**, 25 309; **Franz Heinrich-Galle**, 25 589; **Gust. Brantert-Jena**, 79 082; **Aug. Demppien-Neutalen (Frau)**, 29 586.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer **F. Köster, Hamburg 1, Wesenbinderhof 56**, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 12. bis 20. September 1909 sind folgende Beträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.**  
**Augsburg** M. 500, **Bremherben** 800, **Burgblät** 260, **Barth** 80, **Breslau** (vom Streik zurück) 55,62, **Witersfeld** 400, **Bromberg** 300, **Bergedorf** 214,08, **Brandis** i. Sachsen 100, **Beckum** 62, **Burgberghelm** 20, **Wände** 10, **Danzig** 800, **Erfurt** 400, **Eckernförde** 150, **Fleisburg** 300, **Göppingen** 100, **Guben** 200, **Göbtingen** 797,80, **Gellenkirch** 800, **Goldsch** 80, **Gera** 1200, **Gengenbach** 70, **Gabelsch** 100, **Hildesheim** 400, **Heppel- frug** 50,20, **Seibe** 100, **Hannover** 4650, **Kattowitz** 700, **Königs** 100, **Lemgo** 100, **Muelshof** 300, **Mannheim** 1500, **Weißen** 600, **Marienburg** 351,05, **Münch** 8000, **Nürnberg** 100, **Oldesloe** 150, **Osnaabrück** 300, **Paffan** 417,48, **Blieshausen** 300, **Pinneberg** 100, **Blüth** 32,50, **Dueblinburg** 600, **Ronneburg** 50, **Rötha** 120, **Hofsd** 500, **Mummelsburg** 8,15, **Schwarz** 250, **Schöned** 90, **Schmalbalben** 80, **Schleswig** 300, **Schwagenfel** 50, **Schneeberg** 100, **Statenhagen** 100, **Strasburg** i. b. Udermark 45,32, **Treuen** 100, **Witten** 30,40, **Wittenberge** 200, **Bittau** 550, **Barzge** 180, **Zeulenroda** 100.

- b) Für Futterale.**  
**Bromberg** M. 5, **Erfeld** 10, **Witten** 1.
- c) Für Jahrbuch.**  
**Bromberg** M. 1.
- d) „Der Kampf um die Arbeitsbedingungen“.**  
**Wittingen** M. 2,25.
- e) Für Protokolle.**  
**Erfeld** M. 21, **Wittingen** 1.
- f) Für Anzeigen im „Grundstein“.**  
**Danzig** M. 3,30, **Göbtingen** 2,70, **Hofsd** —,90.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen **Franz Schulz-Salzwedel** (Verb.-Nr. 10 724), **Th. Suhr-Duisburg** (14 110), **Fr. Braun-Hamburg** (39 918), **Karl Stenger-Mainz** (40 852), **Franz Wagner-Gülm** (50 798), **M. Mittag-Heide** (110 432), **Chr. Weing-Gellenkirch** (135 694), **Fr. Degl-Nürnberg** (336 150), **Karl Zeffen-Hannover** (475 826), **Otto Bankefow-Berlin** (4776), **Job. Werner-Geln** (66 895), **Wih. Diehl-Coblenz** (486 935), **Herrn. Junt-Waldenburg**

(11286), Sac. Borg-Saackbrücken (278 560), Alb. Wärbald-Galle (359 487), Paul Eblin-Wieg (411 346); außerdem die Mitglieder der Kollegen: Jos. Schmidt-Görlich (17202), J. Balthemann-Ber (18236), Karl Engel-Königsberg (010 978), Joh. Wegner-Wardum (015 973) Mich. Hanke-Waldburg i. Schlef. (21 291).

Kollegen sind das Mitgliedbuch und die Invalidenkarte des Kollegen Wilhelm Geis (Verb.-Nr. 138 137). Weides ist bei uns abzufordern.

Angeschlossen sind auf Grund § 37a des Statuts vom Zweigverein Berlin: Gustav Schedo (Verb.-Nr. 105697); Bromberg: Michael Karischewsky (248454); Nürnberg: Konrad Fischer (18287), Wilhelm Wiedemann (13268), Fritz Wiedemann (015596); Regensburg: Friedrich Streife (105516), Dietrich Wragge (323144).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Rumänien: Heinrich Heldt, geb. am 12. März 1865 zu Schwerin (Verb.-Nr. 57281), Oskar Heyrich, geb. am 28. August 1879 zu Stensburg (68266), Hermann Kleinmager, geb. am 4. Mai 1872 zu Hamburg (118400), Dietrich Matzfeld, geb. 12. Juni 1890 zu Bremen (871904), Fritz Boglich, geb. am 5. Februar 1889 zu Stendal (468108), Jakob Burg, geb. am 5. März 1887 zu Mollweilshausen (388392), Albrecht Poppius, geb. am 5. April 1879 zu Gurtfisch (44888), Hermann Böhr, geb. am 16. Oktober 1880 zu Baren (276173), Heinrich Schmidt, geb. am 30. Mai 1884 zu Stolp i. Pommern (431688), Hermann Währ, geb. am 17. April 1885 zu Scholwin (344846); Wärbald: Friedrich Roggenfanz, geb. am 2. Juni 1853 zu Wärbald (51188); Nordhausen: Wilhelm Heinemann (98254); Göttingen: Carl Franz aus Geismar 6. Göttingen.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

**Berichte.**

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unsern Händen sind.

**Darmstadt.** Zahlstelle Groß-Zimmern. Am 12. September tagte hier eine Mitgliederversammlung, die sich hauptsächlich mit den Streikbrechern in Würzburg und Forchheim beschäftigte. Diese Elemente fühlen sich noch beleidigt, wenn sie in der Presse oder in einer Fluidschrift beim richtigen Namen genannt werden, können es aber trotzdem nicht unterlassen, den Unternehmern Hauszweckdienste zu leisten. Darauf aufmerksam gemacht, daß in Riedelheim die Baustelle der Firma Holz gesperrt ist, weil sie den tariflichen Lohn nicht zahlen will, erklärten diese Elemente, die schon in Würzburg die Streikbrecher spielten, öffentlich in einer Wirtshaus, doch nach Riedelheim gehen zu wollen. Es ist nötig, diese Kategorie von Menschen bloßzustellen. Auf dem Wege nach Forchheim wurden sie in Heidelberg angefangen. Obwohl sie Unterstützung erhielten und ihnen Arbeit nachgewiesen wurde, fuhren sie doch nach Würzburg, um dort als Streikbrecher zu arbeiten. Eine einstimmig angenommene Resolution besagt, daß diese Sache untersucht und zur Entscheidung gebracht werden soll. Die Kollegen Haas und Dietrich wurden einstimmig ausgeschlossen. — Den Kartellbericht gab Kollege Philipp Gerberl. Aus diesem ist die Gründung des Land-, Forst- und Weinbergarbeiter-Verbandes hervorzuheben. Der Gründung der Krankenkasse Grundstein zur Einigkeit soll nähergetreten werden. Es wurde hierzu eine Kommission gewählt. Nach dem Quartalsbericht des Kassierers und der Revisorien ist die Kasse in Ordnung. Den streitenden Schiedmen wurden noch 10 bewilligt. Mit einem Appell an die Kollegen, dafür einzutreten, daß niemand von hier nach Riedelheim geht, wurde die Versammlung geschlossen.

**Einbeck.** Der Zweigverein hielt am 14. September seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der Kollegen Efftinge und Wien in der üblichen Weise gelehrt. In den Kartellbericht schloß sich eine lebhafte Debatte. Der Vorsitzende appellierte an die Mitglieder, den Bierbohrer so scharf wie möglich durchzuführen. Ferner ermahnte er die Kollegen, nicht persönlichen Kräfte in der Versammlung breit zu treten, weil sie damit nur dem Zweigverein Schaden zufügen. Leider gebe es noch Kollegen, die glauben, etwas Nützliches geleistet zu haben, wenn sie sich in der Versammlung ordentlich auslobten. Wir rufen den Kollegen von dieser Stelle aus zu: Fort mit dem persönlichen Streit! Stelle ein jeder seine Kraft der Organisation zur Verfügung. Werbi und agitiert für unsre Organisation. — Auch unsere Maroldendorfer Kollegen möchten wir von dieser Stelle aus zurufen: Steht fest in der Organisation, die wir Euch im letzten Frühjahr gebracht haben. Helft uns die Indifferenten heranziehen.

**Utenau.** In der am 5. September abgehaltenen, gut besuchten Mitgliederversammlung wurden den schwedischen Arbeitsbrüdern 20 überwiefen. Dann wurde beschlossen, am 31. Oktober in Königs Haffhof ein Vergnügen abzuhalten. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, für guten Besuch der Agitationsversammlung am 28. Sep-

tember zu sorgen und für die politische Organisation und die Arbeiterpresse zu wirken.

**Gera.** (Situationsbericht für das erste Halbjahr 1909.) Nach allgemeiner Arbeitslosigkeit im vergangenen Winter entfaltete sich im Frühjahr dieses Jahres eine rege Bautätigkeit. Zweck war viel Reparatur vorhanden, und als etwas später die Hochbauten begonnen wurden, machten sich alsbald Arbeitskräfte nötig, so daß Zugang von fremden Maurern nicht ausblieb. Durch die Kasernen sowie die Wohnunterkunft und die von der Firma Körtling ausgeführten Hochbauten wurden auch ausländische Maurer herangelockt, namentlich Böhmen und Italiener. Durch diese sollte auch die Arbeitslosigkeit eingeleitet werden, die im Zweigverein durch Beschluß verboten ist. Es machten sich einige Verhandlungen mit der Firma nötig, die aber durch energisches Vorgehen der Verwaltung zugunsten des Zweigvereins verliefen. Später mußten wir wegen Arbeitslosigkeit mit den Steinemauern am Bahnbau in Verhandlung treten. Auch dabei kam es zu einer Einigung. Mit dem Stundlohnstand in Gera kam es zu zwei Unterhandlungen wegen Schaffung eines Lohnniveaus für die Arbeiter. Es wurde dabei erreicht, daß der Stundenlohn für die Arbeiter in Gera von 43 auf 50  $\frac{1}{2}$  und für auswärtige Arbeiter auf 61  $\frac{1}{2}$  erhöht wurde. Die Auslösung kam in Wegfall, für Überstunden gibt es 10 pzt. Zuschlag; die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden. Zur Arbeiterzeit ist zu berichten, daß es trotz Abtraten unserer Parteiverwaltung und der Gewerkschaften in einer gut besuchten Maurerverammlung doch zu dem Beschluß kam, den 1. Mai als Ruhetag zu begehren. Von unsern Mitgliedern beteiligten sich 420 an der Feier, was gewiß ein Zeichen von Interesse ist. Eine rege Bautätigkeit herrschte auch in Langenberg und Körtling. Da dort noch Böhme unter 40  $\frac{1}{2}$  gezahlt wurden, stellten unsere Kollegen Lohnforderungen. Es wurden 45  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn gefordert. Durch Verhandlungen wurde erreicht, daß bis zum 31. März 1910 43  $\frac{1}{2}$  gezahlt werden. Diefem Resultat wurde von den Kollegen zugestimmt. Nach Beendigung der Lohnbewegung stellten mehrere Kollegen die Arbeit ein und nahmen in Gera Arbeit an. Dieses wurde vom Baumeister Körtling in Langenberg dem Arbeitgeberverband gemeldet, der beschloß, die Leute durch schwarze Listen zu „empfehlen“, worauf unsere Kollegen wieder entlassen wurden. Dies wurde vom Zweigverein als Maßregelung betrachtet. Auf Drängen unserer Organisation wurde der Beschluß des Arbeitgeberverbandes aufgehoben und die Leute wieder eingestellt. Zu weiteren Differenzen und Arbeitseinstellungen kam es in fünf Fällen, die durch Eingreifen des Vorstandes durch Vergleich geregelt wurden. Eine Versammlung mußte Stellung nehmen zur Entlassung plauenischer Kollegen, die hier Arbeit gefunden hatten. Der Bauunternehmer Fuhr, ein früheres Verbandsmitglied, glaubte, als erster die Kollegen entlassen zu müssen, angeblich im Auftrag des Arbeitgeberverbandes. Dem wurde ein Miegel vorgelesen, daß wir den Beschluß sahen, überall dort die Arbeit einzustellen, wo Verbandsmitglieder aus Streikorten entlassen werden. — Am Schluß des ersten Quartals zählte der Zweigverein 725 Mitglieder, am Schluß des zweiten Quartals waren es 896. Bei der Aufnahme der Baustatistik am 14. und 15. April waren bei 38 Unternehmern auf 64 Neubauten, drei Umbauten und 19 Reparaturen 484 Gesellen, 41 Poliere und 64 Lehrlinge beschäftigt. Von den Gesellen erhielten Stundenlohn: 1 49  $\frac{1}{2}$ , 12 48  $\frac{1}{2}$ , 439 47  $\frac{1}{2}$ , 5 46  $\frac{1}{2}$ , 4 45  $\frac{1}{2}$ , 4 44  $\frac{1}{2}$  und 3 42  $\frac{1}{2}$ . Die am 15. und 16. August aufgenommenen Statistiken erreichte sich auf 16 Ortschaften des Vertragsgebietes: Bei 59 Unternehmern waren auf 71 Neubauten, 7 Umbauten und 42 Reparaturen 703 Gesellen, 58 Poliere und 70 Lehrlinge beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt 58  $\frac{1}{2}$  Stunden wöchentlich. Von den Gesellen erhielten Stundenlohn: 6 50  $\frac{1}{2}$ , 9 49  $\frac{1}{2}$ , 61 48  $\frac{1}{2}$ , 557 47  $\frac{1}{2}$ , 22 46  $\frac{1}{2}$ , 12 45  $\frac{1}{2}$ , 6 44  $\frac{1}{2}$ , 2 43  $\frac{1}{2}$ , 7 42  $\frac{1}{2}$ , 1 41  $\frac{1}{2}$ , 3 40  $\frac{1}{2}$  und 1 38  $\frac{1}{2}$ . Der tarifliche Stundenlohn beträgt 47  $\frac{1}{2}$ , der wirklich gezahlte Lohn im Durchschnitt 46,78  $\frac{1}{2}$ . Außer dem Zentralverband besitzt keine Organisation am Orte. Mit Maurern sind unorganisiert. Die statistische Aufnahme in Langenberg und Körtling ergab, daß an diesen Orten von 6 Unternehmern 5 Neubauten, 1 Umbau und 11 Reparaturen ausgeführt wurden, wobei 64 Gesellen, 5 Poliere und 23 Lehrlinge beschäftigt waren. Die Arbeitszeit in diesem Lohngebiet beträgt zehn Stunden täglich, der Tariflohn ist 43  $\frac{1}{2}$ , der gezahlte Durchschnittslohn 42  $\frac{1}{2}$  gegen 40 und 41  $\frac{1}{2}$  im Vorjahre. Von den beschäftigten Maurern sind sechs unorganisiert. Nach Schluß des zweiten Quartals war noch immer Zugang von Maurern zu verzeichnen; denn im August war die Mitgliederzahl auf 916 gestiegen. In Bezug auf Unfallversicherung usw. wurden von uns 35 Sommerbauten kontrolliert, von der Baupolizei dagegen gar keiner. Auf mehreren Bauten fehlte das Verbandmaterial. Die Ministerialverordnungs-Vorschriften, die an jeder Baustelle ausgehängt sein müssen, wurden nur auf wenigen Bauten vorgefunden. Pflicht der Kollegen ist es, hierin Wandel zu schaffen.

**Glück.** Eine Mitgliederversammlung, unter polizeilicher Obhut, hielt unser Zweigverein am 14. September ab. Gleich nachdem Kollege Seidel mit seinem Vortrag: „Lohnarbeit und Kapital“ begonnen hatte, erhielten wir den Besuch eines „christlichen Agitators“, der die Kühnheit besaß, einfach in unsre Versammlung einzudringen. Da der Herr aber ein uns noch völlig unbekanntes Licht dieser Helden war, so wurde ihm bedeutet, daß er schleunigst das Lokal zu verlassen habe, was er aber erst tat, nachdem ihm etwas nachgeholt worden war. Raum war dieses keine Hindernis beseitigt, da wurde uns gemeldet, daß vor dem Lokal die Polizei Posto gesetzt habe, daß ein Kollege und der Herr Kommissar dort patrouillieren. Im ersten Augenblick fragten wir uns erstaunt, was denn das eigentlich zu bedeuten habe, da aber die Zeit drängte, schritten wir zur Erlebung der Tagesordnung. Kollege Seidel konnte denn auch seinen Vortrag über das interessante Thema ungehindert zu Ende führen. Der Redner schloß mit einem Appell an alle Kollegen, das Gehörte in sich festzuhalten und durch fleißige Bemühung der gemeinsamen Gewerkschaftstätigkeit zu vertiefen. Dann besprach man u. a. noch eine Anzahl Uebelstände aus der hiesigen Arbeitsstätten. Hierbei waren die Ausführungen einzelner Kol-

legen leider manchmal etwas persönlicher Natur. Kollege Seidel wies denn auch darauf hin, daß man daran nicht den einen oder anderen Kollegen die Schuld beimessen könne, sondern im allgemeinen seien die Berufsverhältnisse in hiesiger Gegend leider noch sehr verbesserungsbedürftig. Die Unternehmer müssen die Uneinigkeit der Kollegenkraft zu fördern und zu nützen; aber gerade deshalb müssen wir es als unsre erste Pflicht betrachten, durch Fleiß des Kollegialitätsgefühls, durch festes Zusammenhalten aller Kollegen, dem Bestreben des Unternehmertums Einhalt zu gebieten. Wenn wir das tun, dann werde auch die Zeit bald da sein, wo mit diesen unsern ganzen Beruf schädigenden Zuständen gründlich aufgeräumt werden könne. Darauf wurde die Versammlung geschlossen, ohne daß wir weiter von der Polizei behelligt wurden, trotzdem der Herr Kommissar. — Der inzwischen im Gastzimmer Platz genommen hatte —, sich aus seiner Wohnung eigens seinen Helm hatte herbeiholen lassen.

**Grünberg i. B.** Da unser erster Vorsitzender, seit er Polier geworden ist, sich nicht mehr um das Wohl und Wehe der Organisation und der Kollegen kümmerte, berief der Kassierer, Kollege Messerschmidt, zum 10. September eine Versammlung ein, um einen neuen Vorsitzenden wählen zu lassen. Als solcher ging der Kollege E. Schwarz einstimmig aus der Wahl hervor. Den schwedischen Kampfern bewilligte die Versammlung 50 aus der Kassa. Es wurde beschlossen, in diesem Jahr keine Kassabeiträge mehr zu zahlen. Die Frage soll aber in einer späteren Versammlung nochmals aufgestellt werden, damit eventuell vom Beginn des nächsten Wirtschaftsjahres an 5 Kassa-zuschlag gezahlt werden können. Dann wurde vom Kassierer die Abrechnung vorgelesen. Danach ist unsre Mitgliederzahl von 118 auf 146 gestiegen, was gewiß sehr erfreulich für unsern Zweigverein ist. Die Einnahme und Ausgabe der Kassa betrug 576,15. Die Einnahme der Kassa inklusive Kassenbestand betrug 632,34, die Ausgabe 56,19, bleibt ein Kassenbestand von 576,15. Die Abrechnung wurde von der Versammlung genehmigt. Vom Kollegen Messerschmidt wurde der Wunsch ausgesprochen, daß sich auch die auswärtigen Zahlstellen mehr an den Zweigvereinsversammlungen beteiligen möchten, überhaupt mit unsern neuen Vorsitzenden ein neuer Geist in unsern Zweigverein einziehen möge, damit wir, wenn es nötig sei, im nächsten Jahre einmütig und geschlossen in den Kampf ziehen können. Schließlich wurde nochmals auf die Versammlung am 8. Oktober hingewiesen, in der Kollege Bömelburg sprechen wird.

**Marienthal.** Es wäre doch endlich Zeit, daß auch die hiesigen Kollegen anfangen, die Versammlungen besser zu besuchen. Zu der Mitgliederversammlung am 12. September waren von den 120 Mitgliedern am Orte ganze 20 erschienen. Wer das Vereinsleben verfolgt und sich immer an den Versammlungen beteiligt, weiß, daß es fast immer ein und dieselben Kollegen sind, die in die Versammlungen kommen, während man die meisten selten oder gar nicht antrefft. Es ist aber eine unangenehme Aufgabe für den Vereinsvorsitzenden und den Gesamtvorstand, die festgesetzte Tagesordnung mit einer Minorität der Vereinsmitglieder zu erledigen. Spricht man mit den die Versammlungen schätzenden Kollegen über Vereins- und Versammlungsangelegenheiten, so bemerkt man, daß ihnen jedes Pflichtgefühl fehlt. Durch die Begahlung der Beiträge glauben sie, ihrer Pflicht gegen den Verband genügt zu haben. Es fehlt eben, vielen Kollegen der Idealismus für unsre gute Sache. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, reger für den Besuch der Agitationsversammlung am 7. Oktober zu agitieren. Kollege Mojewski wurde als zweiter Kassierer, Kollege Paul Rüh als Delegierter in die Agitationskommission gewählt.

**Wahlsitz.** In der Versammlung am 12. September wurde der Bericht von der Baustatistik gegeben. Es wurden elf Neubauten und zehn Reparaturbauten gezählt, auf denen 108 Gesellen, 11 Poliere und 50 Lehrlinge beschäftigt waren. Der Stundenlohn schwankt zwischen 32 und 45  $\frac{1}{2}$ . Es wurde festgestellt, daß die meisten Bauten in Ordnung sind. Nur bei den Unternehmern Buchen, Eichhorn und Klingler wurden Mängel gefunden. Bei Buchen war ein vom Keller bis ins Dachgehobenes gefender Leiergang nicht abgepreist, so daß man sich kaum hinaufgehen traute. Bei Eichhorn war eine 2 m tiefe Grube für Schutt und Asche, nicht abgepreist und bei Klingler fehlte das Schutzgerüst, was auf diesem Bau kein Wunder ist, da von 23 Kollegen nur 68 organisiert sind. Im ganzen sind von 108 Kollegen 68 organisiert. Vier Kollegen wurden neu aufgenommen. Da die Bautätigkeit am Orte gut ist, so hoffen wir, auch den letzten Mann in unsre Organisation zu bekommen.

**Fliesenleger.**

**Breslau.** Nach zweiwöchiger Dauer hat der Streit der Fliesenleger sein Ende erreicht, und zwar mit einem wesentlichen Erfolg der Arbeiter. Die Unternehmer haben in eine Erhöhung der Akkordlöhne um 5 pzt., eine Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 70 und um einen Jahre auf 75  $\frac{1}{2}$ , sowie in eine Verkürzung der Arbeitszeit von neunemhalb auf neun Stunden eingewilligt. Die fünfprozentige Erhöhung der Akkordlöhne wird den einzelnen Gagen des hiesigen Tarifs hinzugegerechnet und so ein neuer Tarif geschaffen. Die Erhöhung erstreckt sich auch auf die Reispelzen und Montagezulagen. Mit diesem Angebot der Unternehmer sind die Forderungen der Arbeiter im wesentlichen erfüllt worden, und fragt man sich, warum es die Unternehmer überhaupt zu einem Streit haben kommen lassen. Daß bei den gegenwärtigen Feuerungsverhältnissen die Arbeiter ohne Lohn-erhöhungen ihre Dürsterei, wachlich nicht übigen Lebensweise nicht aufrecht erhalten konnten, mußte ihnen doch von vornherein klar sein. Um so verwunderlicher ist es, daß sie den Arbeitern anfänglich mit einem Tarifentwurf begegneten, der Lohnkurven bis zu 20 und 30 pzt. vorsah. Könnten sie von vornherein das gleiche Entgegenkommen gezeigt wie zuletzt, so wäre der Streit vermieden worden. — In einer Versammlung, in der die Kollegen Freitag und Köbler über die gepflogenen Verhandlungen Bericht erstatteten, wurden die Vereinbarungen einstimmig ange-





gelungen, unsere Organisation wieder auf ihre frühere numerische Stärke heraufzubringen und das Vertrauen in dieselbe wieder herzustellen. — Man sieht, es ist in Amerika wie bei uns: Die Mitglieder, die im Verlauf einer Krise aus Not oder aus mangelndem Vertrauen der Organisation freiwillig oder unfreiwillig den Rücken kehren, sie kommen wieder, sobald die Krise vorüber ist und sie von der Organisation wieder eine wirkungsvollere Vertretung ihrer Interessen erwarten.

### Gewerkschaftliches.

**\* Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.** Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beschleunigten Verschlechterungen erfolgreich zurückzuweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückschlag kommt für das Jahr 1908 noch erheblich zum Ausdruck, als es im Jahre 1907 der Fall war. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen steigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne ArbeitsEinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 geführt, gegenüber 8063 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5659 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 758 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne ArbeitsEinstellung wurden 63,7 pzt. der Bewegungen für 449 434 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne ArbeitsEinstellung verlaufenen Bewegungen wurden 88,9 pzt. durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 pzt. durch Zugeständnisse der Unternehmer, ohne Verhandlungen und 7,7 pzt. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt. Streiks und Aussperrungen fanden 2280 statt mit 126 883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne ArbeitsEinstellung verlaufenen Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgendwelchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 pzt. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 pzt. Durch ArbeitsEinstellung wurden 1908 36,3 pzt. der Bewegungen erledigt, 1907 38,2 pzt. Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 = 51,8 pzt., teilweise erfolgreich: 1425 = 24,4 pzt., erfolglos: 1188 = 20,33 pzt. 129 Bewegungen waren am Jahresende nicht beendet, und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt an den erledigten Bewegungen 191 428 Personen = 38,2 pzt., an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 562 Personen = 37,3 pzt. und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen = 25,3 pzt.

Die Gesamtsache für die Bewegungen ohne und mit ArbeitsEinstellung betrug  $\mathcal{L}$  4 624 325. An den Bewegungen teilzunehmen 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseur, Hotelbdiener, Notenstecher und Zirkusmusiker. Von den Bewegungen ohne ArbeitsEinstellung dienten 8059 mit 401 334 Beteiligten der Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 400 Beteiligten wurden beantragt durch beschäftigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 pzt. die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 pzt. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 108 pzt. gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen um 174,7 pzt. gestiegen. Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 pzt. erfolgreich, in 30,7 pzt. teilweise erfolgreich und in 872 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,3 pzt. erfolgreich, 9,5 pzt. teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 3404 Beteiligten erfolglos. Der Erfolg der friedlich verlaufenen Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Inwiefern muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre außerordentlich groß sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen. Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 pzt., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 883 gar um 54,8 pzt. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betragen denn auch nur  $\mathcal{L}$  4 477 089 gegenüber  $\mathcal{L}$  12 804 062 im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Betreiben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 pzt. fast sämtliche Streitunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffstreiks 38,1 pzt. (1907 58,6 pzt.), Abwehrstreiks 54,4 pzt. (1907 29,9 pzt.), Aussperrungen 12,5 pzt. (1907 11,5 pzt.).

Die Ergebnisse der Kämpfe sind etwas ungünstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29 669 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 193 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34 643 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Metallindustrie und Lederindustrie weist 163 Kämpfe auf, stehen aber mit den 24 580 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffer. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten. Beteiligt waren 29 091 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bzw. 6808 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitszeit betragen rund 2 045 000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Millionen Mark.

Die Angriffstreiks haben mit 678 gegenüber 1885 im Jahre 1907 einen Rückschlag von 63,5 pzt. erfahren. Erfolgreich endeten 46,0 pzt., teilweise erfolgreich 26,8 pzt. und erfolglos waren 24,5 pzt. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten neun Berichtsjahre, sind jedoch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902. Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 884 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 35,9 pzt. auf. Die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,8 pzt. Erfolgreich endeten 47,0 pzt., teilweise erfolgreich 48,3 pzt., erfolglos 38,7 pzt. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffstreiks Geklagte. 578 Streiks mit 16 980 Beteiligten mußten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 pzt. erfolgreich und zu 10,5 pzt. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt. Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung“ ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 87 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! Leider war es nur in 18 Fällen, gleich 48,6 pzt., möglich, solche, allen Vermögensgründen hohnsprechenden Maßnahmen, zurückzuweisen. In 4 Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten geführt, gegenüber 323 Aussperrungen mit 104 788 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten doch sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher borgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 gleich 21,0 pzt. mit 4928 Beteiligten, gleich 8,1 pzt., erfolgreich 21,0 pzt. mit 4928 Beteiligten, gleich 8,1 pzt., mit 29 241 Beteiligten, gleich 48,3 pzt., teilweise erfolgreich. Wie bei den andern Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverlängerung für 59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnreduktionen für 236 641 Personen im Gesamtbetrage von  $\mathcal{L}$  365 923 pro Woche. Außerdem wurden noch für 175 687 Personen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Korporative Arbeitsverträge wurden 1860 für 282 958 Personen abgeschlossen.

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften, selbst in dem so schweren Krisenjahre und bei erheblich verminderten Zahlen, noch die krafttätige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichen Umsätze des Unternehmers schützt. Würde sich immerhin noch große Feer der von freier Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst die Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Masseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Bildung würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge zählen können.

### Soziales.

Im Die Rechtspredung in Unfallsachen. Dem unermesslichen Leide der Arbeiterpresse dürfte die Tatsache nicht unbekannt geblieben sein, daß der Kampf um die Unfallrente in den letzten Jahren schärfere Formen angenommen hat. Dieser Umstand macht sich ganz besonders bei den sogenannten kleinen Renten (d. h. solchen unter 10 pzt.) bemerkbar. Diefelben rechtspredenden Organe, die in früheren Jahren für solche Unfallsachen den Rentenanspruch anerkannten, vertreten heute einen andern Standpunkt. Sie sind jetzt der Ansicht, daß die Gewährung einer Rente von weniger als zehn Prozent im allgemeinen nicht vom Gesetzgeber beabsichtigt sei und andererseits solche Unfallsachen auch keinen wirtschaftlichen Nachteil im Sinne der Unfallversicherungsgesetze bedeuten. Diese, für die Verletzten so äußerst nachteilige und ungerechte Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen ist natürlich für die Berufsgenossenschaften von großer Bedeutung. Nicht nur, daß sie heute für den Verlust ganzer oder halber Finger nur noch in wenigen Fällen Rente zu zahlen brauchen, die Genossenschaften werden auch in die Lage versetzt, mit den alten Renten aufzuräumen, sie der neueren Rechtspredung anzupassen. Nach  $\mathcal{L}$  88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes dürfen Renten, die für länger als fünf Jahre bezogen werden, nicht durch Weisheit der Berufsgenossenschaft herabgesetzt oder entzogen werden; hier auf Antrag das Schiedsgericht zu entscheiden. In welchem Maße nun die Genossenschaften davon Gebrauch machen, mögen folgende Zahlen beweisen. Im Jahre 1901 wurden 5079 solcher Anträge bei den Schiedsgerichten gestellt, im Jahre 1908 dagegen schon 32 080. Wenn auch nicht alle Anträge auf das Konto der Berufsgenossenschaften kommen, so steht doch fest, daß sie daran mit mindestens 75 pzt. beteiligt sind. Eigentümlich berührt es, wenn bei den Entscheidungen über die Rentenherabsetzung oder Entziehung die Lohnverhältnisse eine große Rolle spielen und nicht, wie es gerecht und sozial wäre, der objektive Zustand des Verletzten. Der Umstand, daß der Verletzte infolge der Unfallsachen häufig nicht in der Lage ist, besser bezahlte Arbeit in seinem Berufe auszuführen, oder aber, daß er überhaupt nicht mehr zu jeder Arbeit fähig ist, wird leider fast gar nicht beachtet. Wozu auch. Ein Unfallverletzter hat eben keinen Anspruch darauf, mehr zu verdienen, als die Mehrzahl seiner Berufsgenossen, möge er auch noch so intelligent sein. Eine andre Schlussfolgerung läßt wenigstens die heutige Rechtspredung nicht zu. Andererseits hat der Verletzte, „Geldung“ eine ungenügende Bedeutung bei der Unfallrechtspredung erlangt. Man geht von der Ansicht aus, daß sich der Verletzte mit der Zeit an den Körper Schaden bergestellt gewöhnt, daß die Erwerbsfähigkeit nicht mehr

durch ihn beeinträchtigt wird. So legt man die gesetzlichen Bestimmungen aus, und zwar von — Rechts wegen! Ein Beispiel, in welcher Weise Verurteilungen und Anträge von den Schiedsgerichten erledigt wurden, entnehmen wir dem Geschäftsbericht der Nordböhmer Baugewerkschaftsgenossenschaft, Sektion I, für 1908. Im ganzen standen 1677 Verurteilungen und Anträge zur Verhandlung, die in folgender Weise von den Schiedsgerichten erledigt wurden: 1039 Fälle = 65,88 pzt. wurden zugunsten der Genossenschaft entschieden, 364 Fälle = 22,45 pzt. zugunsten der Verletzten, 68 Fälle = 4,31 pzt. in anderer Weise erledigt und 116 Fälle = 7,36 pzt. blieben unerledigt. Bemerkenswert ist hierzu, daß, soweit uns Berichte anderer Berufsgenossenschaften vorliegen, sie ein ähnliches Bild ergeben.

Wenn auch zuzugeben ist, daß die Berufsgenossenschaften die Rentenfestsetzungen infolge der fortgesetzten Kritik der Arbeiterpresse mehr und mehr der herrschenden Rechtspredung angepaßt haben, so dürfte obige Aufmachung doch ein Beweis dafür sein, daß das Berufungsverfahren für die Arbeiter ungünstiger wird. Bei derselben Berufsgenossenschaft wurden die Verurteilungen und Anträge im Jahre 1901 von den Schiedsgerichten in einer für die Verletzten günstigeren Weise erledigt: in 547 Fällen = 37,57 pzt. wurde zugunsten der Genossenschaft, in 576 Fällen = 39,56 pzt. zugunsten der Verletzten entschieden. Aber nicht nur das Berufungsverfahren, sondern auch das Refusverfahren wird immer ungünstiger. Die obige Aufmachung über die Unfallrechtspredung trifft aber auch im allgemeinen zu. Aus einer Statistik des Reichs-Arbeitsblattes (Mai 1909) ersehen wir, daß im Jahre 1908 von allen Versicherungssträgern 422 012 berufungsgegenständliche Bescheide erteilt sind. Hiervon wurden 74 570 durch Berufung angegriffen, und zwar 50 599 in gewerblichen und 23 971 in landwirtschaftlichen Unfallversicherungssachen. Von 100 durch Schiedsgerichtsurteil erledigten Streitfällen, einschließlich der Anträge aus  $\mathcal{L}$  88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes, wurden nur 18,28 zugunsten der Verletzten entschieden. Die Berufungsfähigkeit ist von 16,98 im Jahre 1907 auf 17,67 im Jahre 1908 gestiegen. Die Zahl der anhängig gemachten Refuse beträgt 22 552. Mit Erfolg wurde das Rechtsmittel des Refuse in 16,7 pzt. von den Verletzten in gewerblichen Unfallversicherungssachen 1908: 16,7, im Jahre 1903 betrug die Zahl 22,6. — Auch hier ist der Rückschlag unternehmbar! Die Statistik hebt dann auch hervor, daß die erfolgreichen Refuse der Versicherungsträger zahlreicher sind als die der Verletzten. Diese Zahlen beweisen aber auch, wohin der Kurs geht: rückwärts! Freilich, nach Gründen für die rückwärtige Tendenz der Rechtspredung auf sozialem Gebiete braucht man nicht lange zu suchen. Die Berufsgenossenschaften und die sonstigen Scharfmacher haben seit Jahren öffentlich und im geheimen gegen den Fortschritt in der Arbeiterversicherung agitiert, wie uns die Zeitungen beweisen, leider nicht umsonst. Was haben auch die Scharfmacher nicht schon alles über die Unfälle gesagt und geschrieben. Blödsinn und gemeine Verleumdungen waren es zum großen Teil, geboren aus dem Gähnen die Arbeiterklasse überhaup. Oder ist es nicht Blödsinn, wenn behauptet wird, ein Unfall werde von so und soviel Arbeitern freiwillig begrißt, weil sie durch die Rente für das ganze Leben der Sorge um das tägliche Brot entbunden werden? Wenn in der Weise gehandelt wird, dann ist es auch erklärlich, daß selbst in den Kreisen der Richter ähnliche Ansichten vertreten werden. Und leider gibt es Richter, die den Verletzten als Rentenerstocher betrachten. Folgendes Vorkommnis möge das beweisen: Vor nicht allzu langer Zeit wurden dem „Vorwärts“ von einem Besucher des Reichsversicherungsamts die Einbrüche geschildert, die er dort gesammelt hat. Wir entnehmen daraus folgende Stelle: In einem Senat wurde über den Anspruch eines Arbeiters verhandelt, der durch einen Betriebsunfall eine Kopferkrankung erlitten hatte. Als der Arbeiter in schlichten Worten seine Beschwerden vorgetragen hatte, sagte der Vorsitzende: „Na, so schlimm wird es doch bei Ihnen nicht sein! Das ist komisch, wenn Sie sich früher die Köpfe mit Mähtüngen blutig geschlagen haben, da hat kein Mensch an Kopfschmerzen gedacht. Da par mit der Heilung der Wunde die Sache beendet und sie konnten auch wieder arbeiten. Heute natürlich, da haben sie alle Kopfschmerzen und Schwindel und können nicht arbeiten, nur weil sie wissen, daß es eine Rente gibt.“ — Eine Kritik dürfte überflüssig sein. Das eine muß aber bemerkt werden: einen bessern Anwalt können sich die Berufsgenossenschaften nicht wünschen. Die herrschende Klasse hat im Laufe der Zeit schon so viele Lügen aufgestellt; mag nun auch noch die mit Hinaufkommen, daß der christliche Staat die wirtschaftlich Schwachen unterstützt und für sie sorgt bis ins hohe Alter hinein. Die organisierte Arbeiterklasse weiß längst, welcher Wert den sozialen Gesetzen beizumessen ist. Aber zur Aufklärung der Massen steht ihr weiteres Material zur Verfügung: die Rechtspredung in der Arbeiterversicherung.

G. Der Kampf um die Unfallrente. In Nr. 27 des „Grundstein“ haben wir unsere Kollegen aus den Verträgen der Arbeiterkassensysteme bereits eine Anzahl Fälle unterbreitet, aus denen sich ergab, wie schwierig sich der Kampf um die Rente für die Verletzten mitunter gestaltet. Aus den inzwischen weiter erschienenen Berichten sollen noch nachstehende Fälle Erwähnung finden:

Der Straßburger Sekretärsbericht enthält u. a. gleich drei interessante Entscheidungen. Da klagte der Maurer F. aus Straßburg, der einen schweren Unfall erlitten hatte, um eine höhere Rente. Als Folge des Unfalls kamen der Brust zwei tiefe Wunden und eine Kontusion der rechten Brust- und Rückenseite in Betracht. Zunächst erstelt der Verletzte die Vollrente; dann mußte er sich einer Nachbehandlung im Straßburger Unfallkrankenhaus unterziehen. Nach beendeter Behandlung setzte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 80 pzt. fest, und zwar auf Grund eines Gutachtens des Dr. W. und Professor R. Nach diesem Gutachten sollte F. ein ausgesprochener Potator (Zäuser) und durch die Unfallsachen nicht mehr als 80 pzt. geschädigt sein. Das Schiedsgericht wies auf Grund dieses Gutachtens die eingelegte Berufung zurück. Erst vor dem Reichsversicherungsamt gelang es, dem Verletzten zu 20 pzt. mehr, also zu einer Rente von 60 pzt. zu verhelfen. Der Refus wurde auf ein Gutachten des Professors F. gestützt, der den Verletzten als Maurer für vollkomme arbeitsunfähig erklärte. Auch war eine

Bezeichnung des Arbeitgebers mit eingereicht, der den Verletzten als einen nützlichsten, unbescholtenen, fleißigen, von jedermann geachteten Arbeiter bezeichnet, der seine Arbeit stets gut verrichtet habe. Und doch ein erfrörter Arbeiter, muß sich bei Verletzung seiner berechtigten Ansprüche als „Euler“ bezeichnen lassen! — In einem andern Falle mußte sich der Verletzte, Maurer St. aus Straßburg, der sich gegen die Einstellung einer Rente von 20 pZt. wandte, folgende fahnehiebende Beilegung gefallen lassen: Dr. A. begnadigte also: „Die Glaubwürdigkeit des St. ist nicht einwandfrei; der Gesamtindruck, den derselbe macht, sei nicht so, daß er ihm unbedingtes Vertrauen zu schenken vermöge. Nach keinem ganzen Auftreten und seinen Meinungen sei St. der Typus eines modernen Rentenempfängers, wie ihn die Gesetzgebung leider so vielfach geschätzt habe.“ In der Verurteilung gelang es dem Verletzten, seine Rente zu sichern. Daraufhin erhob die Berufsgenossenschaft Rekurs beim Reichsversicherungsamt. Dieses nahm dann eine Kürzung der Rente um 10 pZt. vor, beließ dem Verletzten also noch 10 pZt. Der hiesige obere Verwaltungsrat, Professor A., erklärte im Gegensatz zu dem Dr. A., daß er keine Veranlassung habe, die Glaubwürdigkeit des St. in Frage zu stellen. Aber nicht nur die Ärzte, sondern auch die Berufsgenossenschaften nehmen sich sehr häufig das Recht heraus, die Verletzten zu beleidigen. Die Südwestliche Bauernvereins-Berufsgenossenschaft ordnete die Untersuchung des Zimmerers M. aus Weidenbach durch den Dr. L. in Brumath und dann durch Dr. D. in Straßburg an. Darauf erhielt der Verletzte folgenden Vorbescheid: „In obiger Unfallsache haben unsere Erhebungen ergeben, daß Ihnen eine Entschädigung aus Anlaß des Unfalles vom 5. Juli 1907 nicht zusteht, da die hiesige eingehende ärztliche Untersuchung, bei welcher Sie größter Simulation überführt wurden, ergeben hat, daß bei Ihnen nachteilige Folgen des Unfalles nicht mehr vorliegen.“ Auf eingeleitete Berufung wurde noch ein Obergutachten eines Professors eingeholt, und dieser schätzte den sogenannten „Simulanten“ zu 50 pZt. arbeitsunfähig ein. Im Verlethwege zahlte die Berufsgenossenschaft dann diese Rente gutwillig. Nach dem Bericht des Straßburger Arbeiterversammlungs-Vorstandes soll gerade der Vertreter der Südwestlichen Bauernvereins-Berufsgenossenschaft es für angezeigt halten, in bestimmten Zusammenhängen vor dem Reichsgericht ein hohes Loblied auf das Wohlwollen zu singen, mit dem diese Genossenschaft die Interessen der verletzten Arbeiter vertretet. In der Tat, eine eigenartige Interessenvertretung!

In welcher Weise die Interessen der Verletzten durch die Berufsgenossenschaften vertreten werden, dafür liefert der Bericht des Leipziger Sekretariats noch weiteres Material. Hiernach sagt z. B. die Sächsische Bauernvereins-Berufsgenossenschaft in einer Rekurschrift in der Unfallsache des Maurers S., daß der Arzt augenscheinlich „durch den erheblich übertriebenen Kläger getäuscht worden ist, welcher eine Schmerzhaftigkeit des Fußes und ein noch bestehendes Hüften zu simulieren bemüht war.“ Wie wenig eine solche Behauptung zutreffend war, geht daraus hervor, daß das Reichsversicherungsamt zwar das Schiedsgerichtsurteil bezüglich der Höhe der Rente abwänderte, aber entgegen dem Antrage der Berufsgenossenschaft dem Verletzten eine Unfallrente zubilligte. — In einer andern, die Unfallsache des Maurers S. betreffenden Rekurschrift schrieb die Berufsgenossenschaft gegen das Schiedsgericht: „Gegen eine solche Entscheidung muß mit vollem Recht protestiert werden. Es mag dahingestellt bleiben, ob das Schiedsgericht überhaupt das Recht hat, bis in infinitum so lange Obergutachten einzuziehen, als ihr die eingezogenen nicht konvenieren und dadurch den ohnehin schwer belasteten Genossenschaften unsere Erträge ohne ersichtlichen Grund neue Lasten aufzuerlegen.“ Das ging selbst dem Reichsversicherungsamt zu weit und in seiner Urteilsbegründung ertheilte es der Berufsgenossenschaft folgende Antwort: „Wenn vordem auch kein zwingender Anlaß vorlag, nachdem die höchsten Autoritäten des Reichsreichs Sachen zu Wort gekommen waren, noch ein weiteres Gutachten beizuziehen, so unterlag die Entscheidung hierüber doch nach dem Grundsatze der freien Beweiswürdigung ausschließlich dem freien richterlichen Ermessen des Schiedsgerichts, inwiefern es war dadurch aber ein Anlaß gegeben zu den Ausführungen der Berufsgenossenschaft in der Rekurschrift, welche sich nicht in den Grenzen halten, die von den Verlethungsträgern bei den Parteianführungen in dem sozialen Rechtsmittelverfahren innegehalten werden sollen.“

Nach dem Offenbacher Bericht erlitt der Maurer S. in B. einen Unfall durch Bruch beider Unterarmgelenke. Die Heilung ging außergewöhnlich langsam von statten, so daß nach Verlauf von acht Wochen eine Verwundung noch nicht erfolgt war. Er wurde vom 2. April 1907 an auf Kosten der Hesse-Rassauischen Bauernvereins-Berufsgenossenschaft im Krankenhaus zu Offenbach behandelt und am 31. Mai entlassen. Bis Ende 1907 erhielt er wohlwollend 66 2/3 pZt. Rente und vom 1. Januar 1908 an 50 pZt. mit dem Bemerkten, leichte Arbeit könne er unter allen Umständen verrichten. Mit Bescheid vom 18. April 1908 wurde dann die Rente sogar bis auf 25 pZt. herabgesetzt. Wörtlich heißt es in demselben: „In dem objektiven Befunde ist zwar eine Besserung nicht eingetreten, was auch nicht zu erwarten war, da die Unfallfolgen geringfügiger Natur sind. Die Herabsetzung der bisherigen Rente ist aber infolgedessen gerechtfertigt, als Sie sich in der Zeit der letzten Rentenfestsetzung verfloßenen Zeit an die Unfallfolgen erheblich weiter gewöhnt haben und Ihre Lebensverhältnisse jetzt bessere geworden sein müssen. Die jetzt noch bestehenden Unfallfolgen bedingen an und für sich keine Rente mehr, doch wurde bei deren Festsetzung noch auf Ihre Lebensverhältnisse Rücksicht genommen. Sie übrigen können Sie auch nicht verlangen, daß in alle Zukunft Rücksicht auf Ihre Lebensverhältnisse genommen wird.“ Die dagegen eingeleitete Berufung wies das Schiedsgericht zurück, und schon am 27. Oktober 1908 kürzte man dem Verletzten die Rente wiederum bis auf 12 1/2 pZt. So sieht also der Verletzte in fortwährendem Kampfe um seine Rente.

Die Verletzten sind nun auch gesetzlich verpflichtet, sich auf Anordnung der Berufsgenossenschaften respektive der Rechtsprechungsinstitutionen zur Beobachtung und Unterzeichnung in eine Zeitanzeige zu begeben. Entzieht

sich der Verletzte ohne triftigen Grund der Kontrolle seines Aufandes beziehungsweise der aus Anlaß derselben angeordneten Maßnahmen, so ist die Berufsgenossenschaft berechtigt, den nach Lage der Sache unglücklichen Schluß zu ziehen. Nicht man in Betracht, welchen Beleidigungen die armen Verletzten mitunter seitens der Ärzte und Berufsgenossenschaften ausgesetzt sind, dann darf es nicht wundernehmen, wenn das Krankenhaus nur mit Mühen aufgeschaut, eventuell auch einmal eigenmächtig verlassen wird. Nach dem Würzburger Bericht bezog der Maurer B. in Gintersteden eine Rente von 66 2/3 pZt. Auf Antrag des Verletzten erhöhte das Schiedsgericht die Rente auf 100 pZt. und zwar wegen eingetretener Verschlimmerung. Gegen diese Entscheidung legte die Berufsgenossenschaft Rekurs beim bayrischen Landesversicherungsamt ein. Dieses ordnete dann die Überweisung des B. in das Julius-Hospital in Würzburg an. Aber schon nach drei Tagen verließ der Verletzte das Hospital. Daraufhin wurde die Entscheidung des Schiedsgerichts wieder aufgehoben, da B. dadurch, daß er die medizinische Kur in der er zur Beobachtung seines Aufandes eingewiesen war, vorzeitig verließ, die Erbringung des Beweises oder doch die Klarstellung, ob das jetzige auftretende neue Leiden mit dem Unfälle zusammenhänge, verhindert habe.

Kaffen wir nun die vorstehenden Fälle nochmals Revue passieren, so sehen wir, welchen Beleidigungen die Verletzten nicht allein seitens der Ärzte, sondern mitunter auch durch die Berufsgenossenschaften ausgesetzt sind, und ferner, wie deren Bestreben darauf gerichtet ist, die Renten so niedrig wie nur möglich zu gestalten. Ja, gegen Erhöhungen der Rente um nur 5 pZt. wehren sich die Berufsgenossenschaften bis zur letzten Instanz. Dem Maurer S. in Würzburg wurden für die letzten Augenverletzung 10 pZt. Rente angeboten. Er beantragte 20 pZt., und durch Gutachten der Augenärzte wurden 10 bis 15 pZt. bestimmt. Das Schiedsgericht entschied sich dann zu 15 pZt. Die Berufsgenossenschaft ergriff das Rechtsmittel des Rekurses, da Rentenerhöhungen um 5 pZt. seitens der höheren Instanz grundsätzlich verboten werden sollten. Der Rekurs wurde jedoch verworfen und dem Verletzten die 15 pZt. beblissen. Kein Wunder also, daß die Berufsgenossenschaften sich mit aller Gewalt dagegen wehren, daß die Verlethten nach der neuen Reichsversicherungsordnung die Festsetzung der Renten mitwirken sollen. Diese Unternehmungsorganisationen wollen den Verletzten auch nicht den geringsten Einfluß bei Feststellung und Entzug der Renten einräumen.

**Soziale Rechtspredigung.**

\* **Angriffe von Unternehmern auf ein Gewerbegericht.** Das Gewerbegericht für Hannover hat kürzlich ein Urteil gefällt, in dessen Begründung der Sach vorkommt: „Es ist dem Gericht bekannt, daß Streifbrecher meist moralisch minderwertige Menschen sind, die nach Beendigung des Streifes wieder verschwinden und auch sonst im Leben keine glänzende Rolle spielen.“

Damit hatte jedoch der Vorsitzende des Gerichts, Assessor Dr. Warmbold, die Unternehmer gegen sich aufgebracht. Sie rotteten sich zusammen, um die durch dieses Urteil ramponierte Ehre ihrer Lieblinge wieder herzustellen. Zuerst traten die Innungen auf den Plan, ihnen schloß sich bald der Fabrikantenverein an. Eine von den Innungsvorständen gewählte Deputation hatte in der Angelegenheit eine Konferenz mit dem Stadtdirektor Tramm, an der auch Assessor Dr. Warmbold teilnahm. Dieser hat inzwischen in einer öffentlichen Erklärung versichert, daß er jene Verurteilung nicht allgemein über Streifbrecher, sondern lediglich über Bezugnahme auf den zur Verhandlung stehenden besonderen Fall gemacht habe. „Es handelte sich“, sagt Dr. Warmbold, „um einen als notorischen Streifbrecher bekannten Arbeiter, der sogar agitatorisch auftrat und Arbeiter verführte, ihren Kollegen beim Lohnkampf in den Rücken zu fallen.“

Es ist sehr schön von dem Herrn Assessor, daß er so gesunde Ansichten über die Streifbrecher äußert, aber was wäre wohl Arbeitern für eine Antwort geworden, die sich über Urteile beschwerten, die sie herabsetzten? Man sieht eben bei allen Fällen die Last der Klassenherrschaft.

**Briefkasten.**

**Lehrte.** Außer den allgemeinen Aufforderungen zum Versammlungsbesuch können wir doch nicht noch besondere für einzelne Orte bringen.

**Soltshausen, Schriftführer.** Wir haben doch schon wiederholt erklärt, daß der Raum des „Grundstein“ zur Wiederabgabe der in den Versammlungen gehaltenen Referate nicht ausreicht. Wir können auch für Soltshausen keine Ausnahme machen. Das Papier war übrigens wieder auf beiden Seiten beschrieben.

**Anzeigen.**

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Georg Rhode,** Rech.-Nr. 449791 und **Fr. Dankleff,** Rech.-Nr. 290985, werden ersucht, ihre Adressen an den Unterzeichneten gelangen zu lassen, da sie in ihrer Angelegenheit, betr. Lohnforderung, haben muß. [M. 1,80]

**H. Bendler, Ferner i. W.,** Schamrockstr. 1.

**Guben.**

Sonnabend, den 2. Oktober, feiert der Zweigverein sein

**Zwölftes Stiftungsfest**

im Vereinslokal (Stein).

Sämtliche Kollegen werden dazu freundlich eingeladen. [M. 3]

**Sterbetafel.**

- Barby.** Am 4. September starb das Ehrenmitglied Kollege **Miehlhng** im Alter von 80 Jahren an Herzleiden.
- Berlin.** Am 14. September starb unser Mitglied **Krust Grix** im Alter von 55 Jahren an Speiseröhrentrebs.
- Sektion der Arbeiter. Am 12. September starb unser Mitglied **Wilhelm Bellin** im Alter von 68 Jahren an Herzschwäche.
- Breslau.** Am 9. September verschied infolge eines Sturzes vom Gerüst unser treues Verbandsmitglied **Paul Hahn** im Alter von 44 Jahren.
- Chemnitz.** Am 17. September starb unser Verbandsmitglied **Robert Herger** im Alter von 45 Jahren an Augenentzündung.
- Chem.** Am 13. September starb nach langem, schweren Leiden unser Mitglied **G. Hindrichs** im Alter von 68 Jahren an Herzschlag.
- Deutschn. Chem.** Am 4. September starb unser Mitglied **Ed. Bajakowski** im Alter von 28 Jahren.
- Dresden.** Am 14. September starb unser Mitglied **Julius Rönisch** aus Niederau im Alter von 47 Jahren an Augenentzündung. — Am 16. September starb der Kollege **Hermann Richter** aus Pöschappel im Alter von 55 Jahren.
- Jena.** Am 9. September starb unser Verbandskollege **Gustav Granert** im Alter von 54 Jahren an Gehirnerweichung.
- Magdeburg.** Dahlenwarsleben. Am 14. September starb unser langjähriges Mitglied **Jakob Grimm** im Alter von 66 Jahren an Herzlähmung.
- Münchberg-Fürth.** Am 8. September starb der Kollege **Joh. Friedr. Huber** von der Zehlfleisch-Fürth im Alter von 87 Jahren an der Prostataerkrankung. — Am 16. September schied der Verbandskollege **Joh. Edel** im Alter von 26 Jahren freiwillig aus dem Leben.
- Schönb. i. W.** Am 13. September starb nach langem, schwerem Kranksein unser Vorkämpfer **Peter Maass** im Alter von 84 Jahren an Augenentzündung.
- Straßburg i. Elß.** Am 8. September starb nach langer Krankheit unser Kollege **Georg Schneider** aus Weibruich im Alter von 25 Jahren.
- Tilsit.** Am 14. September starb unser Mitglied **Martin Kimka** im Alter von 87 Jahren an Augenentzündung.
- Wriezen.** Am 14. September starb unser treuer Kollege **Otto Janine** an Augenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

**Zentralkrankenkasse der Maurer usw.**

**Luckenwalde.**

Der Bevollmächtigte Franz Grütke wohnt vom 1. Oktober 1909 an: Banntstr. 33, -1. Et. [M. 2,10] Die Ortsverwaltung.

**Otto Gäde,** geboren zu Wechmar (Herzogthum Gotha), zuletzt in Suhl gearbeitet, wird ersucht, seine Adresse an **Fritz Gäde, Wechmar 5, Gotha,** mitteilen zu wollen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden gebeten, an obige Adresse Mitteilung gelangen zu lassen. [M. 2,10]

**Der Vorstand des Zweigvereins Gotha.**

**Adressenveränderungen.**

- (V bedeutet Vorstands-, K Kassierer, L Verehrer, H Herberge, Rz Rechenunterstützung wird ausgesetzt bei.)
- Driesen.** Die Adresse des Kassierers ist vom 1. Oktober an: G. Schmalowitsch, Wilhelmstr. 20.
- Duisburg.** Das Bureau befindet sich vom 1. Oktober an: Mühlortstr. 118.
- Fresburg i. Waden.** Das Verbandsbureau befindet sich vom 1. Oktober an: Peterstr. 16.
- Göttingen.** L und H vom 1. Oktober an: „Kaiserhalle“, Wilhelmplatz 3, Westfer Mlyng.
- Heide.** V Friedrich Hinrichs, Am Landweg.
- K Johannes Grobe, Strandweg 17.
- Tilsit.** Die Wohnung des Kassierers befindet sich vom 1. Oktober an: Scheunenstr. 16.

**Versammlungs-Anzeiger.**

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

- Sonntag, den 26. September.**
- Colbitz.** Nachm. 3 Uhr bei Wolf. Wäcker mitbringen.
- Ozielau.** Mittags 12 1/2 Uhr beim Kollegen Joh. Holleht unter freiem Himmel. Wichtigste Tagesordnung. Referent: Kollege Schauer-Stettin.
- Schkeuditz.** Nachm. 3 1/2 Uhr bei Stäckmiller.
- Templn.** Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Adolf Kretsch, „Kaiserhof“.
- Sonnabend, den 2. Oktober.**
- Langenwetzendorf.** Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal. Wäcker mitbringen.
- Muskau.** L.-D. Bauarbeiterklub. Referent: Mag. Her. Wäcker mitbringen.
- Sonntag, den 3. Oktober.**
- Ribnitz.** Nachm. 4 Uhr bei Potenberg.
- Öffentliche Versammlungen.**
- Sonntag, den 26. September:**
- Driesen.** Maurer. Nachm. 2 Uhr im Verehrerlokale.